

HELM SPEIDEL

REICHSWEHR UND ROTE ARMEE

Vorbemerkungen des Herausgebers

Wir begrüßen die Möglichkeit, einen Artikel des Generals der Flieger a. D. Helm Speidel¹ abdrucken zu können, der auf einem Teilgebiet der viel erörterten, aber im einzelnen noch sehr wenig geklärten deutsch-sowjetischen militärischen Zusammenarbeit die geschichtliche Kenntnis zum erstenmal auf festeren Boden stellt. Der Verfasser gehörte in den Jahren 1927–1933 zu dem sehr begrenzten Kreis von Offizieren, die in diese geheime Arbeit eingeweiht waren. Er hat sie sowohl vom Standpunkt der Planung aus – als Generalstabsoffizier in der Luftwaffenzentrale des Reichswehrministeriums – wie aus dem Erfahrungsbereich der Durchführung – als Flieger in Rußland – gründlich kennengelernt. Sein Einblick in die Zusammenarbeit des ganzen Jahrzehnts vor 1933 wie seine Vertrautheit mit den Bedingungen der Tätigkeit auf sowjetischem Boden geben dem Beitrag einen sehr erheblichen Quellenwert. Das um so mehr, als schon während der Zusammenarbeit selbst – nach des Verfassers Angabe – „laufend und planmäßig die meisten dokumentarischen Unterlagen“ vernichtet worden sind. Auch der Verfasser stützt sich auf keine andere Unterlage als seine Erinnerungen, deren innere Schlüssigkeit indessen für sich selbst spricht und die an Einzelpunkten in ihrer Genauigkeit durch Stichproben bestätigt werden konnten². Sie betreffen zwar vorwiegend nur einen Ausschnitt der gemachten Erfahrungen. Es sind das die auf dem Gebiet der Luftwaffe, die aber nach Ausmaß und Bedeutung den größten und erfolgreichsten Teil der Zusammenarbeit ausgemacht haben.

Es ergibt sich aus dem Vorstehenden, daß der dokumentarische Wert des im folgenden abgedruckten Artikels sich im wesentlichen auf den militärtechnischen Bereich der Zusammenarbeit beschränkt. Damit werden die in dieser Richtung bestehenden, bisher sehr unbestimmten und zum Teil irreführenden Vorstellungen zum erstenmal mit konkretem geschichtlichem Leben erfüllt. Auch hat es über das Ereignismäßige hinaus eine allgemeinere Bedeutung, sich klarmachen zu können, was unter den gegebenen Voraussetzungen einer Entwaffnungspolitik und der gegen sie gerichteten Bestrebungen die Weite des russischen Raumes und die dort bestehenden Bedingungen praktisch bedeutet haben. Den militärpolitischen Bereich hingegen berührt der Artikel kaum, wie denn der Verfasser

¹ Um Verwechslungen vorzubeugen, sei bemerkt, daß der Verfasser der Bruder von Generalleutnant a. D. Dr. Hans Speidel, dem letzten Stabschef von Rommel und Autor der „Invasion 1944“, ist.

² Wo im einzelnen Unstimmigkeiten in Zeugnisaussagen oder im Vergleich mit der Literatur bestehen, ist das in Fußnoten angemerkt.

schlüssig macht, daß auf seiner Ebene der Beobachtung von allgemeineren politischen Erwägungen keine Rede war und daß insbesondere der fachlichen Zusammenarbeit jedes konspirative Element durchaus fehlte. Die Zielsetzung deutscherseits nach innen (Tarnung) wie nach außen lag in den Händen höherer Stellen, wobei vor allem naturgemäß die Rolle von Seeckts zur Erörterung steht.

Es wird daher angebracht sein, in diesen Vorbemerkungen mit möglicher Kürze zusammenzufassen, was sich nach dem Stand der Forschung über die allgemeineren Zusammenhänge sagen läßt, von denen die Beziehungen zwischen Reichswehr und Roter Armee ein so wesentlicher Teil sind.

Dabei ist zunächst festzustellen, daß der Rapallo-Vertrag von 1922 nicht, wie oft vermutet worden ist, einen geheimen Anhang hatte, oder einen formulierten militärischen Vertrag nach sich zog: weder ein „Militärbündnis“ noch eine jener „Militärkonventionen“, die aus der Geschichte der Ententen bekannt sind. In dieser Form ist keineswegs etwa vom Reichswehrministerium in die Politik hineinregiert worden. Hingegen steht ebenso außer Zweifel, daß sehr frühzeitig schon zwischen Deutschland und der Sowjetunion allgemeine wirtschaftliche wie insbesondere militärwirtschaftliche und militärtechnische Besprechungen und Abreden begannen. Trotz der Geheimhaltung namentlich auf den letzteren beiden Gebieten sickerte manches davon durch. Und es wird glaubwürdig versichert, daß von Schleicher, in dessen Privatwohnung einige der ersten Zusammenkünfte stattfanden, der weiteren Entwicklung skeptisch gegenüberstand, weil er so viel zu dementieren und „auszubügeln“ hatte³. Übrigens ergab sich zwischen ihm und von Seeckt schon bei einer Lagebesprechung im Dezember 1918 eine Meinungsverschiedenheit dahingehend, daß Schleicher der von Seeckt bereits damals vertretenen These von der wiederzugewinnenden „Bündnisfähigkeit“ die der wirtschaftlichen Gesundung zeitlich weit voranstellte⁴.

In der Tat stand zunächst die Frage wirtschaftlicher Betätigung im Osten durchaus im Vordergrund. — Am 6. Mai 1921 — zwei Monate nach dem englischen Vorgang — kam es zu einem Handelsabkommen Deutschlands mit der Sowjetunion. Die Wiedereröffnung des russischen Marktes wurde ein Hauptanliegen deutscher Politik in der 2. Hälfte des Jahres 1921. Dabei trat ein Interessenkonflikt hervor zwischen der Schwerindustrie (Stinnes) und der im eigenen Rohstoffbezug vom Westen abhängigeren verarbeitenden Industrie (Rathenau), die demgemäß eher dem Gedanken der Bildung eines internationalen Konsortiums für die wirtschaftliche Betätigung im Osten zuneigte. Immerhin: Der deutsche Anteil an der Sowjet-Einfuhr wuchs von 25 Prozent im Jahr 1921 auf 32,7 Prozent im Jahr 1922⁵. Im

³ Aussage des Generals a. D. J. von Stülpnagel (Befragungsprotokoll im Besitz des Instituts für Zeitgeschichte München). — Das Buch von H. R. Berndorff über Schleicher („General zwischen Ost und West“) kann als wissenschaftliche Quelle nur mit starken Vorbehalten benutzt werden.

⁴ F. von Rabenau, Seeckt. Aus seinem Leben. 1918–1956 (Leipzig 1940), S. 117 f. — Walter Görlitz, Der deutsche Generalstab (Frankfurt 1950), S. 301.

⁵ E. H. Carr, German-Soviet Relations between the two World Wars (Baltimore 1951), p. 55.

Auswärtigen Amt pflegte man zu sagen: „Die Bolschewisten müssen uns vom Bolschewismus (d. h. von der Arbeitslosigkeit) retten“.⁶

Aber in die Wiederaufnahme und Steigerung des rein wirtschaftlichen Handelsverkehrs mischten sich von Anfang an sehr deutlich militärpolitische Erwägungen und Ziele. Sie gingen zunächst in doppelter Richtung. Einmal in der eines Aufbaus bestimmter Zweige der sowjetischen Rüstungsindustrie mit deutscher Hilfe, worauf von Moskau wesentlich gedrängt wurde. Zum anderen kam es der Reichswehr auf die Lieferung der nötigsten Artilleriemunition an, die in Deutschland nicht produzierbar und von den Alliierten nicht erhältlich war. Für beide Zwecke wurde eine getarnte „Gesellschaft zur Förderung gewerblicher Unternehmungen“ (GEFU) mit dem Sitz in Berlin und Moskau errichtet. Sie wurde 1925 in das „Wirtschaftskontor“ (WIKO) verwandelt. Es ist hier nicht nötig, den — nur sehr teilweisen — Erfolg der rüstungswirtschaftlichen „Konzessionen“ (Junkers, Krupp, Stolzenberg u. a.) zu verfolgen⁷. Interessanter sind in unserem Zusammenhang die „300 000 russischen Granaten“, deren Anteil an der Stabilisierung der bürgerlichen Republik kaum zu bestreiten sein wird. In welchem Umfang sie wirklich in Straßenkämpfen zur Anwendung kamen, entzieht sich freilich der Kenntnis. Aber ihre Lieferung war symptomatisch für die Abwendung der Sowjets vom Nahziel der Weltrevolution, und sie war eine Tatsache, die für die deutschen Kommunisten eine besondere Belastung darstellen mußte. Ein teilweises Bekanntwerden der Lieferungen verwirrte die Fronten erheblich⁸. Jetzt konnte gesagt werden — und eine SPD-Flugschrift ließ sich den Hinweis nicht entgehen —, daß deutsche Proletarier durch Sowjetgranaten getötet würden. In dieser Richtung haben die Enthüllungen etwa aus dem Kreis der „Weltbühne“ und des „Tagebuch“ einen Teil ihrer Wirkung gehabt. So wandte sich denn in der Reichstagsitzung vom 16. Dezember 1926 der kommunistische Abgeordnete Koenen scharf gegen das „Ammenmärchen“ und kritisierte zugleich die „linkspazifistischen Kreise verirrter Journalisten“, wie verdienstlich auch ihre Bekämpfung der Reichswehr sei⁹. Auch in Scheidemanns großer Rede, die diese Debatte veranlaßte, trat in den diesbezüglichen Teilen die Polemik gegen die Sowjetunion und die deutschen Kommunisten im Grunde stärker hervor als die gegen die Reichswehr. In ihrem Mittelpunkt standen die drei Munitionsschiffe, die aus Leningrad in Stettin angekommen seien, und die Schlußpointe war: „Keine Sowjetmunition für deutsche Geschütze mehr!“¹⁰

Prüft man die Rede Scheidemanns, der ein Artikel im „Manchester Guardian“ vom 2. Dezember 1926 vorausgegangen war, im Lichte heutiger Kenntnis, so enthielt sie eine ganze Reihe von richtigen oder halbrichtigen Angaben, so über die Sondergruppe („R“) im Reichswehrministerium, über GEFU und WIKO, über die

⁶ Wipert von Blücher, *Deutschlands Weg nach Rapallo* (Wiesbaden 1951), S. 151.

⁷ Einige neue Aufschlüsse dazu bei Carr, a. a. O., *passim*.

⁸ Vgl. Ruth Fischer, *Stalin und der deutsche Kommunismus* (Frankfurt 1948, 2. Aufl.), S. 646 ff.

⁹ *Stenographische Berichte*, Bd. 391, S. 8598.

¹⁰ A. a. O., S. 8585.

beteiligten Offiziere, den Junkersvertrag, die Finanzierungsfrage usw. Nachdem sie dann wesentlich die Beziehungen der Reichswehr zu rechtsradikalen Verbänden angeprangert hatte, deutete sie einiges (aber abgesehen von den Munitionsschiffen nur sehr Unbestimmtes) über die Rüstung auf fremdem Boden und den Rüstungsnachschub, über die Gefahr der Durchlöcherung der westlichen Politik Stresemanns und der Gewöhnung an geheime Wege an. Das meiste seiner Ausführungen aber ging ohnehin in dem Dementi des Reichskanzlers Marx, der Rede des früheren Reichskanzlers Wirth, der sich zu den besonderen Bedingungen der Jahre 1920 bis 1923 und dem diplomatischen Wert von Rapallo bekannte, vor allem aber in der Polemik zwischen Mehrheitssozialdemokraten und Kommunisten unter. Zu einer sachlichen Klärung der Tatsachen trug die Debatte ebensowenig bei wie zu einer prinzipiellen (abgesehen von einer tempomäßigen) Änderung der Rußlandpolitik der Reichswehr oder zu allgemein-politischen Reaktionen¹¹.“

Was nun wirklich die Rußlandpolitik der Reichswehr war, wird man am ehesten aus den Seeckt-Papieren zu erfahren hoffen. Aber über ihrem Schicksal hat kein günstiger Stern gestanden. Sie sind zuerst ausgiebig von Seeckts Biographen F. von Rabenau benutzt worden, kommen jedoch in dem hier in Betracht kommenden Band nur in Auswahl zur Verwertung und nicht ohne Anpassung an den Zeitpunkt des Erscheinens (1940). Nach Kriegsende sind sie nach den Vereinigten Staaten gebracht worden und stehen dort in den National Archives der Forschung zur Verfügung. Auf ihnen (oder dem Nürnberg-Material) beruht ein Artikel in „Der Monat“, der im November 1948 unter dem sensationellen Titel „Der Seeckt-Plan“ erschien. Er enthält 3 wichtige Dokumente (von denen eines allerdings schon größtenteils durch Rabenau gedruckt war) und umrahmt sie mit einer recht unzureichenden Einleitung und zwei mehr oder weniger feuilletonistischen Aufsätzen. Sehr viel ernsthafter ist eine Abhandlung „General Hans von Seeckt and Russia“, 1920–1922, von George W. F. Hallgarten, die im März 1949 im *Journal of Modern History* (XXI, pp. 28–34) erschienen ist. Sie benutzt die Seeckt-Papiere gründlicher, hat aber merkwürdigerweise die Veröffentlichung im „Monat“ übersehen und ist selbst weit entfernt von einer vorurteilsfreien Interpretation. Zudem ist der Aufsatz Teil einer ungedruckt gebliebenen größeren Studie und schiebt daher vieles auf im einzelnen nicht nachkontrollierbare Aphorismen und eine längere Schlußanmerkung ab¹². Auf Hallgartens Exzerpte stützt sich dann zum Teil die neueste knappe Darstellung der deutsch-sowjetischen Beziehungen zwischen

¹¹ Tschitscherin beschränkte sich auf den Kommentar: „Made in England“ (Carr, a. a. O., S. 94), der auch das Leitmotiv der kommunistischen Angriffe gegen Scheidemann gewesen war. – Einen Monat nach seiner Rede wurden – in Nachwirkung von Locarno – die alliierten Militärkommissionen aufgehoben.

¹² Auf einem anderen Teil des Seeckt-Nachlasses beruht die wertvolle Studie von Alma Luckau, *Kapp Putsch-Success or Failure* (*Journal of Central European Affairs*, vol. 7, No. 4, pp. 394–405, Jan. 1948). — Erst bei der Korrektur lag der interessante Aufsatz von Margret Boveri (Rapallo, Geheimnis, Wunschtraum, Gespenst — *Mercur* 1952, H. 9, S. 872 ff.) vor, dessen Auffassung, besonders auch bez. des Berndorff-Materials, weitgehend zuzustimmen ist und dessen Fragen z. T. jetzt beantwortet werden können.

den Weltkrieg von E. H. Carr, deren besonderer Wert noch darauf beruht, daß sie einiges russisches Material, insbesondere Auszüge aus dem Trotzki-Archiv in der Wiener Library heranziehen konnte. Aber noch fehlen die deutschen Akten der zwanziger Jahre, und der Seeckt-Nachlaß bedarf einer abschließenden Durcharbeitung¹³.

Gewiß ist das ein Stand der Dinge, der zur Zurückhaltung im Urteil auffordert. Aber über viele Punkte, die hier nur kurz zu berühren sind, wird schon Einverständnis zu erzielen sein. Über Seeckts Ablehnung der Randstaatenpolitik und seine frühe Betonung einer notwendigen, und zwar einer breiten „Berührungsfläche“ mit Rußland, über die wohlwollende Behandlung Radeks als eine Art Ehrengefangener der Reichswehr im Herbst 1919 und über die Unterhaltungen in seinem „Salon“, über Enver Pascha als Vermittler, der schließlich von Trotzki Seite im August 1920, als Polens Zusammenbruch bevorzustehen schien, den Köder einer „Wiederherstellung der Grenzen von 1914“ hinwarf. Es wird von Carr wahrscheinlich gemacht, daß das nicht eine „trotzkistische“ Spezialaktion war, wie die spätere Lesart es haben wollte, sondern daß Lenin selbst das Ausspielen der „polnischen Karte“ inspirierte, wie er überhaupt persönlich hinter der Annäherung an die Reichswehr stand. Die Perspektive vom August 1920, was immer ihre Möglichkeiten oder Gefahren, verschwand bekanntlich mit dem „Wunder an der Weichsel“. Es folgten chronologisch dann — nach März 1921 — auf die für Deutschland so enttäuschende Behandlung des oberschlesischen Abstimmungsergebnisses die Entsendung einer militärischen Erkundungsmission nach Moskau und im September 1921 die ersten geheimen Unterredungen in Berlin. Sie fanden zwischen Krassin und General Hasse, dem Nachfolger Seeckts im Truppenamt (Generalstab) statt. Hasse ging dann selbst nach Moskau zu Besprechungen mit dem sowjetischen Generalstabschef Lebedew „auch für den Fall eines polnischen Krieges“¹⁴. Zur direkten Begegnung zwischen Radek und Seeckt scheint es schließlich im Februar 1922 — und zwar auf des ersteren Drängen und mit Autorisation des letzteren durch den Reichskanzler Wirth — gekommen zu sein. Der russische Unterhändler betonte die Notwendigkeit deutscher Unterstützung für die Rüstungsindustrie der Sowjets und die Ausbildung ihres Offizierskorps, er beklagte sich über den deutsch-englischen Flirt und ließ die Möglichkeit eines russischen Angriffs auf Polen im nächsten Frühjahr spielen. Aus einem Brief Seeckts an Hasse vom Mai 1922 geht hervor, daß es damals und in den Monaten darnach zu keinem militärischen Abkommen kam, so sehr der deutsche Chef der Heeresleitung den „Anschein“ eines solchen für international wünschenswert hielt¹⁵.

Nach alledem dürfte sicher sein, daß die militärischen Besprechungen gewiß die Atmosphäre für Rapallo vorbereitet haben. Aber der Abschluß vom 16. April 1922 war das Werk der Diplomaten, nicht der Soldaten. Auf die Verhandlungen selbst braucht hier nicht eingegangen zu werden. Es ist bekannt, daß die russische Initiative von der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes (A. von Maltzahn) und mit einigem

¹³ Es steht zu hoffen, daß er in Bälde in Mikrofilm im Institut für Zeitgeschichte München verfügbar sein wird.

¹⁴ Denkschrift des Majors Tschunke in „Der Monat“, a. a. O., S. 49.

¹⁵ Carr, a. a. O., p. 60.

Zögern von Rathenau aufgenommen und durchgeführt worden ist¹⁶. Ebenso besteht aber kein Zweifel, daß Seeckt, der durch Hasse alsbald benachrichtigt wurde, den Rapalloer Vorgang lebhaft begrüßt und für seine Ziele nutzbar gemacht hat.

Hier liegt offenbar der Schwerpunkt der Frage, inwieweit ein Unterschied zwischen diplomatischem und militärischem Handeln bestand oder inwieweit es eine militärische Rußlandpolitik gab und geben durfte. Es ist darüber zu einer äußerst scharfen Auseinandersetzung zwischen von Brockdorff-Rantzau, der bald erster deutscher Botschafter in der Sowjetunion werden sollte, und Seeckt gekommen¹⁷. In einer Denkschrift vom 15. Juli 1922, die an den Reichspräsidenten und den Reichskanzler ging, nahm Brockdorff aufs entschiedenste Stellung gegen eine Rapallopolitik, die mit dem „Anschein“ militärischer Bindung nur England erneut in die Arme Frankreichs treiben werde. Die deutsch-russische Zusammenarbeit solle „friedlichen Zielen und dem wirtschaftlichen Wiederaufbau dienen“. „Eine ausschließlich nach Osten orientierte deutsche Politik wäre im gegenwärtigen Augenblick nicht nur verfrüht und gefährlich, sondern aussichtslos und darum verfehlt“. Es gelte daher, die Russen von kriegerischen Experimenten abzuhalten und, wenn es doch zu Konflikten komme, deutsche Neutralität zu wahren. – Die Denkschrift wurde am 9. September vom Kanzler Wirth an Seeckt weitergegeben. Er antwortete darauf mit nicht milderer, ja sehr persönlicher Schärfe. „Wer an Uniformkoller leidet“, heißt es da etwa, „und noch nicht begriffen hat, daß jede politische und wirtschaftliche Betätigung letzten Endes auf der Macht beruht, wird keine aktive deutsche Politik treiben. Wer vor allem aber im Rapallo-Vertrag einen politischen Fehler sieht, mag an anderer Stelle taugen, untauglich erscheint er als deutscher Vertreter in Moskau.“

Man sieht, wie stark Erinnerungen an die dem Versailler Vertrag vorausgehenden Konferenzen und überhaupt die Ressortgegensätze die damals schon zu einem heftigen Zusammenprall geführt hatten, sich dem Konflikt beiderseits beimischen. Aber im Gegensatz einer überlegenen diplomatisch-friedlichen und einer „sturen“ aktivistisch-militärischen Zielsetzung geht er keineswegs auf. Wohl begann Seeckt seine Denkschrift mit der klingenden Sentenz: „Deutschland muß aktive Politik treiben“. Und er scheute nicht vor der apodiktischen Feststellung zurück: „Polens Existenz ist unerträglich, unvereinbar mit den Lebensbedingungen Deutschlands. Es muß verschwinden und wird verschwinden durch eigene innere Schwäche und durch Rußland – mit unserer Hilfe.“ Man wird das Rechenhafte, ja Dogmatische dieses Denkens nicht verharmlosen wollen¹⁸, so wenig es wirkliche Prophetie war, d. h. den nur scheinbar vergleichbaren Weg zu 1939 hin vorausbeschrieben hat. Und man wird auch den Realismus bezweifeln, der nicht nur innenpolitischen Antikommunismus und außenpolitischen Prokommunismus getrennt zu halten sich

¹⁶ Dazu vgl. jetzt die Aufschlüsse bei von Blücher, a. a. O., S. 153 f. – Für Rathenau die neueste Studie von Eric C. Kollman, Walther Rathenau and German Foreign Policy (Journal of Modern History XXIV, No. 2, bes. pp. 156–158. – June 1952).

¹⁷ Das Folgende nach den Denkschriften in „Der Monat“, a. a. O., S. 44–47.

¹⁸ Siehe dazu auch die abwägenden Bemerkungen von Hans Herzfeld, Das Problem des deutschen Heeres 1919–1945 (Laupheim 1952), S. 10 f.

zutraute, was auf beschränkte zeitgeschichtliche Sicht berechtigt war, sondern auch die Gefahr, daß im Kriegsfall der Bolschewismus an den Rhein geführt werde, als „politischen Kinderschreck“ bagatellierte. Hier sah Brockdorff-Rantzau mit seiner Warnung vor „roten“ Bundesgenossen wohl klarer. Aber im Entscheidenden gerade der diplomatischen Perspektive erwies sich Seeckt als überlegen, in der Erwägung etwa der Wirkung auf die Tschechoslowakei und insbesondere auf England. Mit Recht bestritt er, daß es um eine Alternative von West- oder Ostorientierung gehe und verwahrte sich gegen die Taktik, seine Absichten „ins Absurde zu übertreiben und diese Übersteigerung zu bekämpfen“.

In der Tat würde man seiner Intelligenz unrecht tun mit der Annahme, daß er auf kriegerische Experimente aus war. Radeks Anknöpfen 1922 wurde deutlich abgelehnt¹⁹. Das schloß nicht aus, daß Seeckt im Fall des Konflikts auf die „richtige Seite“ zu treten wünschte und Neutralität für undurchführbar hielt. Aber immer wieder bezeichnete er das deutsche Aktivum als in der Möglichkeit liegend, daß an militärische Abreden geglaubt werde. Dieser Trumpf, so hat es einer seiner Mitarbeiter ausgedrückt²⁰, war „nur wirksam, solange er nicht ausgespielt wurde“. Es läßt sich nicht nachweisen, aber vieles spricht dafür, daß es dieser Trumpf war, der Polens aggressive Absichten gegen Ostpreußen und Schlesien insbesondere zur Zeit der Ruhrkrise entmutigte²¹. Seeckt mag gewünscht haben weiterzugehen in Richtung eines förmlichen militärischen Abkommens, wenn auch nicht im Sinne von Radeks nationalbolschewistischem Plan von 1923²². Was verwirklicht wurde, war — englisch gesprochen — eine typische Politik des „in being“, bei der das potentielle Gewicht der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion als Aktivum im Westen wirkte. Dahinter aber stand als ihr Kern und als Bürgschaft gegen „plötzlichen Wechsel“ (Dirksen) die Beziehung zwischen beiden Armeen und insbesondere — als das Wesentlichste, wie sich jetzt zeigt — die deutsche Rüstungsvorbereitung mit russischer Hilfe. Insgesamt ist das eine Politik gewesen, die von der Reichsregierung gedeckt wurde.

Auch Brockdorff-Rantzau scheint sich, nachdem er Botschafter geworden war, den Anschauungen Seeckts angenähert zu haben²³. Jedenfalls kann die im folgenden

¹⁹ Von Rabenau, a. a. O., S. 309. Vgl. auch F. Friedensburg, Die Weimarer Republik (Berlin 1940), S. 150 f.: „Die Behauptung, die deutsche Regierung Wirth habe im Jahr 1922 einen Krieg an der Seite Rußlands gegen die früheren Feinde erwogen, der Plan sei aber am Einspruch Eberts gescheitert, ist völlig unglaubwürdig.“ — Über Eberts Anerkenntnis einer andererseits notwendigen Rückendeckung gegen polnische Angriffspläne vgl. Blücher, a. a. O., S. 167.

²⁰ Befragung von Stülpnagel, a. a. O.

²¹ Vgl. Carr, a. a. O., p. 70 über Fochs Besuch in Warschau im Mai 1923 und seinen Fehlschlag.

²² Dafür von Rabenau, a. a. O., S. 319. — Im einzelnen ist der Seeckt-Nachlaß für die Ruhrkrise noch nicht ausgewertet.

²³ Von Blücher, a. a. O., S. 172 f. — Danach hat Brockdorff-Rantzau in der Ruhrkrise auf Hilfe der Roten Armee gehofft, was übrigens auch in seiner gegen Seeckt gerichteten Denkschrift schon anklingt („für den Fall zwingender Notwendigkeit“), nur daß er glaubte, „automatisch“ darauf rechnen zu können.

geschilderte Tätigkeit der „Zentrale Moskau“ nicht ohne seine amtliche Mitwirkung und damit auch die des Auswärtigen Amtes erfolgt sein²⁴. Von seinem Nachfolger von Dirksen ist Kenntnis der soldatischen Beziehungen ausdrücklich bezeugt²⁵. Die Militärpolitik Seeckts war, wenn man sie einmal bejahte, aus innen- wie aus außenpolitischen Gründen nur im strengsten Geheimnis durchzuführen. Aber sie war keine Geheimpolitik im Sinn einer unverantwortlichen Kamarilla und so wenig an seine Person gebunden, daß sie seinen Sturz überlebte und durch den Berliner Vertrag von 1926 moralisch gestützt wurde. Es unterliegt keinem Zweifel, daß insbesondere die Kanzler, sowie die Wehr- und Außenminister des Jahrzehnts bis 1933 in die militärische Seite der Rußlandpolitik eingeweiht waren²⁶. Auch die geheime Finanzierung wurde von allen ins Vertrauen zu ziehenden Stellen weitgehend unterstützt²⁷.

Das führt auf allgemeinere Fragen zur Geschichte der Weimarer Republik und auf Folgewirkungen darüber hinaus, die einer besonderen Abhandlung bedürften. Man kann wohl sagen, daß auch in dieser Beziehung sich an den Versailler Vertrag – spezieller an seine beiderseitige Unerfüllbarkeit – ein gefährliches Ferment angesetzt hat. Das heißt in keiner Weise, daß von hier eine gerade Linie zu seiner Liquidierung und der damit verbundenen Liquidierung der Rußlandpolitik geführt hat – oder gar zum Kriegsbindnis von 1939. Es heißt erst recht nicht, daß aus den Vorgängen der zwanziger Jahre eine Analogie für die so grundsätzlich andere Situation der Gegenwart abzuleiten ist. Das auszuführen würde über die Zwecke dieser Vorbemerkungen hinausgehen. Sie sollten nur den Rahmen spannen, in dem der im folgenden beschriebene und erläuterte konkrete Teil des Themas Reichswehr und Rote Armee steht.

H. R.

²⁴ In dem Buch von Edgar Stern-Rubarth, Graf von Brockdorff-Rantzau, Wanderer zwischen zwei Welten (Berlin 1929) ist begreiflicherweise davon nicht die Rede, selbst der Name Seeckts bleibt unerwähnt. Die Resignation in seinem Abschiedsbrief an Hindenburg (a. a. O. S. 159) bezieht sich wohl kaum auf eine Durchkreuzung seiner Politik durch militärische Einflüsse, sondern eher auf ein ihm selbst nun zu gering erscheinendes Maß der Aktivierung. – Es mag angemerkt sein, daß, soziologisch gesehen, das Verhältnis des deutschen Grafen von Brockdorff-Rantzau zum Adelsproß Tschitscherin nicht so unähnlich war dem der früher kaiserlichen zu den früher zaristischen Offizieren in der Roten Armee. (Darüber einige sehr treffende Bemerkungen bei Görlitz, a. a. O., S. 342 f.) Diesem Ausblick kann hier nicht nachgegangen werden. Er hat einiges zu tun mit den Problemen der Säuberungsaktionen von 1937/38 wie mit Hitlers Neid auf Stalin wegen seiner brutaleren Möglichkeiten gegenüber den „Generalen“.

²⁵ Herbert von Dirksen, Moskau, Tokio, London (Stuttgart 1949), S. 62, 81.

²⁶ Dazu liegen Aussagen in Befragungen der Generale Kuntzen, v. d. Bussche und des Generalobersten von Vietinghoff (a. a. O.) vor. Aus der Literatur vgl. von Blücher, a. a. O., S. 153 (für Wirth und Ebert), von Rabenau, a. a. O., passim, für Cuno, S. 319. – Für Stresemann hat Prof. R. Sontag, der die deutschen Akten eingesehen hat, bezeugt, daß er um die deutschen Aufrüstungsmaßnahmen wußte, „erst in Rußland, dann in Deutschland“. (American Historical Review, LV, No. 3 – April 1950 –, p. 738). – Dem Reichswehrminister Groener hat der Verfasser der hier folgenden Ausführungen selbst Vortrag über die Fliegertätigkeit in Rußland gehalten.

²⁷ Vgl. hierzu Abschnitt IV der folgenden Ausführungen und die Anmerkung dazu.

I. ALLGEMEINER CHARAKTER DER MILITÄRISCHEN ZUSAMMENARBEIT.

Der Zwang zur Geheimhaltung der Kooperation von Reichswehr und Roter Armee ist heute nach dem grundlegenden Wandel der politischen Struktur Deutschlands wie den machtpolitischen Umwälzungen in der übrigen Welt weggefallen. Der Forderung geschichtlicher Wahrheit soll daher hier mit einer Festlegung der noch erkennbaren Tatsachen Genüge getan werden, wie sie damals vom Soldaten her gesehen, erlebt und mitgestaltet wurden.

Vor dreißig Jahren wurde von Rathenau und Tschitscherin überraschend jener deutsch-russische Sonderpakt unterzeichnet, der als „Vertrag von Rapallo“ Geschichte geworden ist. Die wichtigsten Ergebnisse des Vertrags sind bekannt: Gegenseitiger Verzicht auf alle Schulden und Schadenersatzansprüche, Anerkennung gegenseitiger wirtschaftlicher Meistbegünstigung, Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen.

Schon vor diesem Vertrag hatten wirtschaftliche und militärische Einzelbesprechungen stattgefunden. Nach dem Abschluß nahmen beide ein lebhafteres Tempo an, ohne zu eigentlichen Verträgen zu führen.

In ihrer praktischen Auswirkung schlossen diese Vereinbarungen die Beteiligung Deutschlands an dem rüstungswirtschaftlichen Aufbau Sowjetrußlands ein und damit zugleich deutsche Ausführungsmöglichkeiten sowie die Aufrechterhaltung eines Teils der deutschen Rüstungstechnik. Insbesondere aber lag das Ziel der „Reichswehrpolitik“ darin, unter Umgehung der Fesseln von Versailles den ausländischen Boden zu benutzen, um eine Stärkung des deutschen Machtpotentials vorzubereiten, dessen Freigabe ja doch, wenn keine allgemeine Abrüstung gelang, irgendwann einmal erfolgen mußte.

Dieser Grundgedanke und die darin liegende Zukunftsmöglichkeit wurden von General von Seeckt frühzeitig ins Auge gefaßt, wie auch die russische Seite den Vorteil der Zusammenarbeit klar erkannte. Im einzelnen waren dabei Leistung und Gegenleistung auf dem militärischen Sektor der Vereinbarungen im Anfangsstadium noch nicht deutlich zu übersehen. Art und Ausmaß konnten sich erst im Laufe der Entwicklung aus der Praxis heraus kristallisieren. Nur die allgemeine Richtung stand für die Reichswehr fest: Es galt in Sowjetrußland diejenigen Arbeits- und Entwicklungsmöglichkeiten zu suchen, die in Deutschland nicht gegeben waren. Der Grundgedanke solcher Zielsetzung war, daß die personell und materiell eng begrenzte Reichswehr unter allen Umständen vermeiden mußte, zu einer geistig, taktisch und technisch zurückgebliebenen Polizeitruppe zu erstarren und damit den Anschluß an die Weiterentwicklung der Kriegskunst zu verlieren. Die Erhaltung und Wahrung einer kontinuierlichen Tradition war gerade in der Periode stürmischer taktischer und technischer Weiterentwicklung in andern Ländern nach dem Ende des zurückliegenden Krieges von entscheidender Bedeutung.

Im Schwerpunkt der damaligen Entwicklung von Taktik und Technik und der sich daraus ergebenden Gestaltung operativer Ideen standen Probleme des Luftkriegs, des Panzerkampfes und des Gaskriegs. Die Zusammenarbeit konzentrierte sich daher in erster Linie auf diese in Deutschland verbotenen Gebiete.

Die Aufgabenstellung bewegte sich dabei in folgender Richtung:

1. Gewinnung einer laufenden theoretischen Orientierung über Taktik, Ausbildung und Technik einer in ihrer Entwicklung von außen her nicht behinderten Militärmacht.
2. Schaffung von eigenen praktischen Ausbildungsmöglichkeiten als Basen für die Gewinnung von ausbildungsmäßigen und taktischen Erfahrungen auf dem Gebiet der verbotenen Waffen.
3. Heranbildung von hochqualifiziertem Personal für solche Waffen, mit dem Ziel, Spezialisten zu gewinnen zur Fortführung der praktischen Entwicklung und zugleich als Stamm für eine etwaige spätere Aufstellung und Ausbildung gleicher Waffen in Deutschland.
4. Schaffung von technischen Erprobungsmöglichkeiten für eine technisch-praktische Fronterprobung neuer Waffen als Fortsetzung und Bestätigung der technisch-theoretischen Entwicklung in Deutschland.
5. Gewinnung von theoretischen Grundlagen auf Grund eigener praktischer Erfahrungen auf taktischem und technischem Gebiet zum Zweck der Gestaltung moderner Ausbildungs- und Einsatzvorschriften.

Aus diesen Überlegungen und Zielsetzungen ergaben sich folgende praktische Forderungen an die Rote Armee:

1. Zurverfügungstellung militärischer Stützpunkte in Sowjetrußland für Zwecke von Luftwaffe, Panzertruppe und Gaskrieg.
2. Aktionsfreiheit für Ausbildung und technische Erprobung auf diesen Gebieten.
3. Gegenseitiger Austausch der Erfahrungen und Erkenntnisse auf diesen Gebieten.

Die Rote Armee sagte die Erfüllung dieser Forderungen zu. Die Realisierung der Zusagen begann auf dem Gebiet der Luftwaffe.

Die Rote Luftflotte war bereit, der Reichswehr eine militärische Flugbasis zur Verfügung zu stellen und bot zunächst den Flugplatz von Odessa an, dessen geographische und klimatische Lage besondere Vorteile geboten hätte. Nachdem die Reichsmarine ihre ursprüngliche Absicht einer Beteiligung an diesem kombinierten Land- und Seeflugplatz rückgängig gemacht hatte, bestand von seiten des Reichsheeres nur noch Interesse an einem Landflugplatz. Moskau bot nun den Flugplatz Lipetz nördlich Woronesch an. Auf ihm wurde im Jahre 1924 mit dem Auf- und Ausbau eines deutschen Flugzentrums begonnen.

Wenige Jahre später – etwa 1927/28 – folgte die Einrichtung einer Schule für Ausbildung und Technik des Gaskampfes in der Nähe von Saratow an der unteren Wolga. (Diese Basis trug den Tarnnamen „Tomka“; ein Ort dieses Namens existierte nicht.)

Schließlich – etwa 1930 – erfolgte die Einrichtung einer Kampfwagenschule in Kasan an der mittleren Wolga.

Diese drei Zentren bildeten die deutschen militärischen Basen für personelle Ausbildung und technische Erprobung der Reichswehr in Rußland. Sie bestanden bis zur Beendigung der deutsch-sowjetischen Zusammenarbeit im Jahre 1933.

II. FÜHRUNG UND ORGANISATION DER DEUTSCHEN STÜTZPUNKTE IN RUSSLAND.

Die einheitliche Führung der deutschen Stützpunkte auf russischem Boden, ihr äußerer Aufbau und innerer Ausbau, ihre fachliche Leitung auf den Gebieten von Ausbildung und Erprobung, ihre wirtschaftliche und finanzielle Versorgung und nicht zuletzt die Steuerung des Personals erforderten eine klare und bis in die letzten Auswirkungen durchdachte Organisation. Diese konnte nur soweit nach rein militärischen Gesichtspunkten gestaltet werden, als die politischen Faktoren und die durch sie bedingte strenge Geheimhaltung nach innen und außen nicht berührt wurden. Das Ergebnis war eine komplizierte und für Nichteingeweihte undurchsichtige Kombination von militärischen Führungsprinzipien und zivilen Tarnmaßnahmen.

1. Die Organisation der Führung in Deutschland.

Der Chef der Heeresleitung hatte zunächst selbst die Verwirklichung der militärischen Abreden mit der Roten Armee eingeleitet, indem er die Grundlagen von Führung und Organisation der deutschen Stützpunkte auf russischem Boden schuf. Später übertrug er die Verantwortung für alle Fragen der deutsch-russischen Zusammenarbeit dem Chef des Truppenamts, d. h. dem damals illegalen „Chef des Generalstabs“ im Reichswehrministerium.

Im „Generalstab“ des Reichsheeres bearbeitete eine geheime Zentrale für Rußlandangelegenheiten die grundsätzlichen Fragen politischer, wirtschaftlicher und allgemein-militärischer Art, welche die Zusammenarbeit beider Armeen betrafen. Die politischen Probleme wurden in Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt geklärt. Hier wurde auch das Netz des die ganze Organisation durchdringenden Systems der Tarnung in allen Einzelheiten festgelegt.

Während diese Zentrale, als Abteilung „T 3“ bezeichnet, die grundsätzlichen Fragen klärte, wurden die militärisch-fachlichen Aufgaben der Rußlandbasen in verschiedenen „Waffeninspektionen“ des Reichswehrministeriums geplant und bearbeitet. Diese waren die vorgesetzten Kommandostellen der Auslandstützpunkte und ihre Heimatdienststellen im Sinne von Versorgung und Betreuung.

Es unterstanden: Das Zentrum für Fliegerausbildung und fliegertechnische Erprobung in Lipezk der getarnten „Inspektion der Flieger (In 1)“, die Schule für Gaskampftechnik und -ausbildung „Tomka“ bei Saratow der „Inspektion der Artillerie (In 4)“ und schließlich die Schule für Kampfwagenausbildung und -technik in Kasan der „Inspektion des Kraftfahrwesens (In 6)“.

Diese Inspektionen schufen und organisierten die Stützpunkte, gaben die fachlichen und sachlichen Weisungen für personelle Ausbildung und technische Erprobung, steuerten die Personalbewirtschaftung, stellten die finanziellen Mittel durch Abzweigungen von ihrem planmäßigen Haushalt zur Verfügung und führten die Dienstaufsicht über die Tätigkeit in den Stützpunkten.

2. Die Organisation der Durchführung in Rußland.

Die verkehrs- und nachrichtentechnische Abgeschiedenheit der einzelnen Basen in Rußland vom Heimatgebiet, die eigenartige Struktur der deutsch-sowjetischen

Zusammenarbeit, die besonderen Verhältnisse des Gastlandes sowie der Zwang zur Geheimhaltung der Gesamtorganisation gerade auch in Rußland hatten eine zentrale Zusammenfassung der Probleme notwendig gemacht, die nur in Rußland selbst gelöst werden konnten.

Es war daher schon im Jahre 1923 – spätestens 1924 – als erste Grundlage eine Zentrale Moskau – „Z.Mo.“ genannt – eingerichtet worden, deren Leiter der Berliner Zentrale unterstand. Die Aufgaben im großen umfaßten die einheitliche Steuerung aller durch die Verhältnisse des Landes bedingten und für alle drei Stützpunkte gleichermaßen gültigen Maßnahmen auf politischem, wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet. Ferner führte „Z.Mo.“ die laufenden Verhandlungen mit den Spitzenstellen der Roten Armee und sonstigen sowjetischen Regierungsorganen in Moskau. Sie arbeitete mit der deutschen Botschaft zusammen, deren Unterstützung sie in Fragen der Politik in Anspruch nahm. „Z.Mo.“ trieb keine eigene Politik, sondern war ausführendes Organ des Reichswehrministeriums in Berlin auf der einen Seite, der deutschen Botschaft in Moskau auf der andern. Beide Auftraggeber durften jedoch nach außen nicht erkennbar werden.

Das Unterstellungsverhältnis der drei Stützpunkte unter die Zentrale Moskau war durch die Tatsache gegeben, daß „Z.Mo.“ die territorial bedingten Grundlagen für Existenz und Betrieb der Basen schuf und ausbaute sowie die Versorgung jeder Art steuerte. Der militärische Begriff „Territoriale Unterstellung“ kennzeichnet daher am besten das Verhältnis.

3. Die Gesamtorganisation in Deutschland und Rußland.

Aus der Darstellung der Organisation der Führung in Deutschland wie der der Durchführung in Rußland fügt sich das Bild der Gesamtorganisation, wie sie in einer beigegebenen schematischen Skizze aufgezeichnet ist (s. S. 45).

III. DIE ILLEGALE FLIEGERORGANISATION DER REICHSWEHR IN DEUTSCHLAND.

Von den Stützpunkten der Reichswehr auf russischem Boden war das Flugzentrum Lipetsk das wichtigste. Seine Aufgabe und Bedeutung wird jedoch erst verständlich, wenn es in den Rahmen der gesamten Luftwaffenplanung jener Zeit eingefügt wird. Es gilt daher, zunächst einen Einblick in die umfangreiche illegale Fliegerorganisation in Deutschland zu gewinnen, soweit dies zum Verständnis von Lipetsk erforderlich erscheint.

In der bereits erwähnten getarnten „Inspektion der Flieger (In 1)“ im Truppenamt des Reichswehrministeriums wurden alle Maßnahmen getroffen, welche die Vorbereitung einer Wiederaufrüstung auf dem Gebiet der Luftwaffe zum Ziel hatten. Neben der theoretischen Erarbeitung aller Führungsgrundlagen war eine organisatorische Rüstungsplanung auf weite Sicht aufgestellt worden. Diese sogenannte „Fliegerrüstung“ war ein Bestandteil der allgemeinen Heeresrüstung; sie sah die schrittweise Aufstellung von Jagd-, Aufklärungs- und Kurierseinheiten vor, also von Verbänden mit reiner Defensivtendenz.

Diese Planung und ihre organisatorische Verwirklichung erforderte die Bereitstellung und Ausbildung von Personal wie die Schaffung und Erprobung von Material.

Der personelle Bedarf der Luftwaffe konnte zunächst nur aus der Reichswehr selbst entnommen werden. Das wurde indessen bei der quantitativen Begrenzung des zur Verfügung stehenden Menschenreservoirs und bei den qualitativ besonders hohen Anforderungen an das fliegende und fliegertechnische Personal immer schwieriger. So wurden außer den aktiven Offizieren, die auch weiterhin den Grundstock bildeten, bei steigendem Bedarf auch Offizieranwärter vor ihrem Dienst Eintritt ins Heer (Tarnbezeichnung: „Jungmärker“) eingesetzt und schließlich auch ziviles Personal aus den Fliegerschulen in Deutschland.

Ausbildungsmöglichkeiten in Deutschland boten zunächst diese wenigen zivilen Schulen für Sport- und Verkehrsflieger. Sie mußten für militärische Zwecke mitausgenutzt werden, ohne daß das nach außen erkennbar werden durfte. So konnte die Ausbildung aller drei Kategorien von fliegendem Personal in diesen „halbmilitärischen“ Schulen einheitlich bis zum sogenannten „B 2-Schein“ durchgeführt werden. Dieses Ausbildungssystem umfaßte nicht nur die fliegerische Erstausbildung, sondern auch die jährlichen Wiederholungsübungen, die zur Erhaltung der Flugfrische von Flugzeugführern unerlässlich sind. Damit stieg von Jahr zu Jahr die Zahl des in Deutschland fliegenden Personals erheblich, ein Umstand, der die Aufrechterhaltung der Tarnung nach außen zunehmend erschwerte.

Die Verwendungsmöglichkeit der Fliegerschulen fand indessen ihre Grenzen, sobald die fliegerische Fortbildung militärischen Charakter annahm, d. h. sobald die Umschulung auf Kriegsmaschinen zu beginnen hatte. Eine Ausbildung von Jagdfliegern z. B. war in Deutschland nicht möglich.

Außer der Flugzeugführerausbildung fand noch eine theoretische Beobachterausbildung in Deutschland statt (bis 1930), die ihre Greuze ebenfalls darin fand, daß Kriegsflugzeuge nicht eingesetzt werden konnten.

Der Abschluß der fliegerischen Ausbildung war somit nur im Ausland möglich. Hier setzte die Rolle von Lipezk in der Lösung der personellen Bedarfsfrage ein. Ohne Lipezk als letzte Stufe wäre eine militärische Fliegerausbildung nicht möglich gewesen.

So wurden die als Jagdflieger geeignet erscheinenden Flugzeugführer sowie die als Beobachter vorgesehenen und vorgebildeten Offiziere zum Abschluß ihrer Ausbildung nach Rußland entsandt.

Das für die Fliegerrüstung benötigte Material, d. h. Kriegsflugzeuge mit ihrer gesamten militärischen Ausstattung, wurden in dem üblichen Rhythmus von Forschung – Entwicklung – Erprobung – Beschaffung in einer geheimen Abteilung des Heereswaffenamts auf Grund der taktischen Forderungen des Generalstabs technisch vorbereitet. Konstruktion und Bau erfolgte in der Luftfahrtindustrie; die rein fliegerische Erprobung fand auf den Industriepätzen, dann auf dem geheimen Erprobungsflugplatz Rechlin am Müritzsee durch die Reichswehr statt.

Auch diese Seite der Vorbereitung hatte da ihre Grenzen, wo der militärische Charakter eines Flugzeugs nicht mehr zu tarnen war, nämlich nach dem Einbau der militärischen Ausstattung und bei deren taktisch-technischer Erprobung in der Luft. Damit erhielt Lipetz seine zweite Bedeutung. Es war der Ort für die militärische Fronterprobung von Kriegsflugzeugen.

IV. DIE FINANZIERUNG DER ILLEGALEN FLIEGERORGANISATION DER REICHSWEHR.

Die für die Finanzierung aller Rußlandvorhaben der Reichswehr zur Verfügung stehenden Mittel waren begrenzt. Sie konnten alljährlich nur unter großen Schwierigkeiten für die Geheimhaltung aufgebracht werden. Zweckbestimmung und Verteilung sowie ihre Kontrolle erforderten straffe Zentralisierung, um einen höchstmöglichen Nutzeffekt zu erzielen.

Aus dem Gesamthaushalt des Reichswehrministeriums, welcher der Kontrolle des Reichstags unterlag, wurde vor seiner offiziellen Vorlage ein geheimer, sogenannter „blauer Haushalt“ herausgeschnitten.¹ Aus diesem „blauen Haushalt“ waren alle diejenigen Vorhaben einer geheimen Aufrüstung zu finanzieren, welche die Reichswehr der öffentlichen Kontrolle zu entziehen bestrebt sein mußte. Seine Höhe hing ab von der Höhe des jeweiligen Gesamthaushalts, dem Umfang der offenen Vorhaben und der Entscheidung des Reichswehrministers hinsichtlich der geheimen Planungen.

Die Rußlandvorhaben bildeten wiederum nur einen Ausschnitt aus diesen geheimen Planungen. Die an ihnen beteiligten, bereits erwähnten Waffeninspektionen des Reichswehrministeriums „In 1“, „In 4“ und „In 6“ forderten alljährlich entsprechend ihren Vorhaben einen Mittelbedarf an und bekamen nach Genehmigung des Gesamthaushalts ihren „blauen Haushalt“ zugewiesen.

Die für Rußlandvorhaben bestimmten Mittel dieser 3 „blauen“ Einzelhaushalte wurden in der Berliner Zentrale für Rußlandangelegenheiten („T 3“) zu einem einheitlichen Rußlandhaushalt, der noch durch den Eigenbedarf von „Z. Mo.“ erhöht wurde, zusammengefaßt. Diese Zusammenfassung erfolgte in erster Linie für Zwecke der Verwaltung, der Transferierung und des Ausgleichs im großen;

¹ Zu diesem Punkt lagen Aussagen des Generaloberst a. D. von Vietinghoff und des Generals a. D. v. d. Bussche (Befragungen, a. a. O.) vor, die beide von einem „schwarzen“ Etat sprechen, der nach der Bewilligung des „weißen“ herausgeschnitten wurde. Das erscheint als die sozusagen „normalere“ Form der „Frisierung“. — Der Widerspruch löst sich nach Rückfrage beim Verfasser dahin, daß der „blaue Haushalt“ in der internen Planung alle illegalen (schwarzen) Vorhaben umfaßte, von denen der Rußlandkomplex bei weitem der größte war. In diesem Sinne wurde ein blauer Haushalt vorher herausgeschnitten, der lediglich Mitgliedern des Kabinetts und besonders ausgewählten Parteivertretern des Haushaltsausschusses gegenüber vertreten wurde. In der Vorlage für das Plenum wurde er durch einen fingierten Haushalt ersetzt, dessen Forderungen sachlich begründet sein mußten. Nach Genehmigung wurden die „farbigen“ Bestandteile dann wieder herausgeschnitten. — Die Angaben des Verfassers und die ergänzenden Aussagen bezüglich der ins Vertrauen gezogenen Personen umfassen: den Reichsfinanzminister Dietrich, die Staatssekretäre Popitz und Graf Schwerin-Krosigk, den Geheimrat am Rechnungshof Haeckel und die Haushaltsreferenten des Zentrums (Ersing) und der SPD (Stücklen).

über die Mittelverwendung im einzelnen hatten ausschließlich die fachlich verantwortlichen Waffeninspektionen zu bestimmen.

Den größten Bedarf an „blauen“ Haushaltsmitteln hatte die illegale Fliegerorganisation der Reichswehr. Die „In 1“ hatte überhaupt nur einen „blauen“ Haushalt, da ihre gesamte Tätigkeit – nicht nur in Rußland, sondern auch in Deutschland – getarnt bleiben mußte. Hier können konkrete Zahlen einen Anhalt geben für die Höhe der eingesetzten Mittel und ihre Verwendung.

Für Zwecke der „In 1“ wurden in dem Jahrzehnt vor 1933 durchschnittlich 10 Millionen Mark im Jahr haushaltsmäßig zur Verfügung gestellt, so daß mit einem Gesamtverbrauch von ziemlich genau 100 Millionen Mark in der gesamten Zeit gerechnet werden kann.

Erfahrungsgemäß entfielen von diesen jährlichen 10 Millionen rund 3 Millionen auf die Durchführung der technischen Vorhaben in Deutschland wie in Rußland (Forschung, Entwicklung, Erprobung, Beschaffung); dieser Betrag wurde an die fliegertechnische Abteilung des Heereswaffenamtes abgezweigt. Rund 5 Millionen entfielen auf die verschiedensten Vorhaben der Fliegerrüstung in Deutschland, wie fliegerische Erstausbildung und Wiederholungsübungen auf deutschen zivilen Fliegerschulen, deren indirekte Subventionierung damit gleichzeitig erreicht wurde; ferner auf Unterhaltung und Betrieb von illegalen Fliegerstaffeln, welche für Truppenübungen zur Verfügung gestellt wurden, und schließlich für sonstige Ausbildungsvorhaben, wie Lehrgänge, Übungsreisen usw.

Für das Flugzentrum Lipezk selbst wurden jährlich genau 2 Millionen eingesetzt, von denen die materiellen und personellen Ausgaben wie die Kosten für die fliegerische Ausbildung zu bestreiten waren.

Aus den insgesamt 20 Millionen „blauer“ Haushaltsmittel, die in 10 Jahren für Lipezk eingesetzt worden waren, konnte jedoch der erste, sehr kostspielige Aufbau des Flugzentrums nicht finanziert werden. Für ihn hatten Sondermittel außerhalb des „blauen“ Haushalts zur Verfügung gestanden. Außerdem war der Ankauf der ersten Ausbildungsflugzeuge für Lipezk – rund 100 Jagdflugzeuge aus den holländischen Fokkerwerken – aus dem sogenannten „Ruhrfond“ finanziert worden, einer Kapitalsammlung für Zwecke des passiven Widerstands im Ruhrgebiet 1923. Nachdem dieser Widerstand zusammengebrochen war, wurde ein Teil der noch verfügbaren Mittel für Zwecke der Luftrüstung zur Verfügung gestellt und für Lipezk verwandt.

Diese beiden Sonderzuwendungen blieben jedoch die einzigen. Alle späteren Vorhaben, einschließlich des laufenden weiteren Ausbaus von Lipezk, mußten aus den jährlichen Haushaltsmitteln bestritten werden. Mit einem Nachtragshaushalt war nie zu rechnen.

Die Zweiteilung der fliegerischen Arbeit in Deutschland und Rußland erforderte einen Mitteleinsatz in zwei verschiedenen Währungen. Diese Komplizierung der Finanzverhältnisse spielte rein haushaltsmäßig keine Rolle. Ein von devisenmäßigen Schwankungen unabhängiger Wechselkurs (1 Rubel = 2,16 Mark) war zwischen den beiden Regierungen vereinbart und diente als Grundlage einer Haushaltsplanung auf weite Sicht.

Die tatsächliche Kaufkraft des Rubels als Binnenwährung im Lande selbst war jedoch wiederholten Schwankungen unterworfen. Das führte zwangsläufig immer wieder zu Änderungen in den haushaltsmäßig vorgesehenen Vorhaben.

Hier begann nun die ausgleichende Tätigkeit der beiden Zentralstellen in Berlin und Moskau. Der im Reichswehrministerium („T 3“) zusammengefaßte Rußlandhaushalt wurde an die „Zentrale Moskau“ transferiert, hier verwaltet und je nach Anforderung den drei Stützpunkten zur Verfügung gestellt. Dazu rief „Z. Mo.“ die Rubelbeträge bei der sowjetischen Regierung in dem Maße ab, wie sie den zwischenstaatlichen Abmachungen entsprachen und im Rahmen der in Berlin festgelegten Haushaltsmittel blieben. „Z. Mo.“ war selbst nur so weit in die direkte Ausgabe von Haushaltsmitteln eingeschaltet, als es sich um zentrale Beschaffung des materiellen Bedarfs aller drei Stützpunkte im Lande handelte, sofern sie eine bestimmte Werthöhe überschritten und bewirtschaftete Materialien umfaßte. Im Bereich der staatlichen Planwirtschaft war dies weitgehend der Fall.

Verringerte sich die innere Kaufkraft des Rubels, so blieb nur übrig, den Umfang des im Lande zu beschaffenden Materials wie die Aufwendungen für Arbeitslöhne herabzusetzen. Die in Sowjetrußland staatlich gesteuerten Lohnerhöhungen als Folge der damals zunehmenden Teuerung machten immer wieder jede Gelddisposition auf dem personellen Aufgabengebiet illusorisch. Denn die Entlohnung der vielen Hunderte von russischen Arbeitern in den Betrieben der deutschen Stützpunkte beanspruchte einen wesentlichen Teil des Mitteleinsatzes.

In solchen Fällen versuchte „Z. Mo.“ durch entsprechende Schwerpunktbildung in den Ausgaben einen Ausgleich zu schaffen. Er gelang nicht immer. Dann blieb nur Verzicht auf die Durchführung einzelner Vorhaben. Eine begrenzte Möglichkeit des Ausgleichs lag schließlich auch darin, daß „Z. Mo.“ Vergünstigungen tariflicher Art bei den sowjetischen Behörden erreichte, wie z. B. Zubilligung der ermäßigten Wehrmachtstarife auf den Staatsbahnen für Transporte der Reichswehr, oder Anrechnung der niedrigen Gestehungskosten für Betriebsstoff u. a.

Die Finanzierung der Unternehmen auf russischem Boden erforderte von deutscher Seite stets große Beweglichkeit und rasches Disponieren. In keinem Fall ist jedoch durch Schwierigkeiten solcher Art eine ernsthafte Einschränkung oder Schädigung der Gesamtvorhaben eingetreten.

V. DIE FLIEGERORGANISATION DER REICHSWEHR IN RUSSLAND.

1. Das Flugzentrum Lipezk.

Rund 400 Kilometer südsüdostwärts von Moskau liegt an dem Fluß Woronesch, unweit von dessen Einmündung in den Don, der sowjetische Kur- und Badeort Lipezk. Auf einer Hochfläche über dem typisch russischen Provinzstädtchen war seit 1924 der weiträumige, aber primitive Flugplatz der Roten Luftflotte von der Reichswehr ausgebaut worden. Um zwei Rollfelder entstand ein umfangreicher Komplex von Flugzeughallen, Werftanlagen, Fabrikations- und Reparaturbetrieben einschließlich eines modernen Motorenprüfstands. Es entstanden Verwaltungs- und Wohngebäude, ein Lazarett, das auf das Modernste mit allen klinischen Einrich-

tungen ausgestattet war, Funk- und Fernsprechbetriebsanlagen, Bahmanschlüsse usw.

Im weiten Bereich des nach damaligen Begriffen hochmodernen Fliegerhorsts war die deutsche Fliegerkolonie untergebracht, nach außen getarnt als die „4. Eskadrille“ eines russischen Fliegerverbands, der symbolisch durch die Anwesenheit einiger veralteter Aufklärungsflugzeuge vertreten war. Regie und Betrieb der ganzen Anlage waren ausschließlich deutsch. Der gesamte Komplex war nach außen sorgfältig abgesperrt und von sowjetischer Miliz bewacht. Das deutsche Personal hatte jedoch innerhalb wie außerhalb dieser Begrenzung volle Bewegungsfreiheit.

Das deutsche Personal setzte sich zusammen einmal aus dem ganzjährig in Lipezk stationierten „Stammpersonal“ (militärisch und zivil, fliegerisch und fliegertechnisch), das durchschnittlich etwa 60 Köpfe umfaßte; zum andern aus dem Personal der während der Sommermonate nach Lipezk verlegten militärischen Ausbildungslehrgänge (etwa 50 Köpfe). Hinzu kam schließlich das Personal der technischen Erprobung (zwischen 70 und 100 Köpfen), so daß während der Sommermonate mit einer durchschnittlichen Belegung durch etwa 200 Deutsche gerechnet werden konnte. Diese Zahl stieg während der Schwerpunktverlagerung auf die technische Erprobung nach 1950 auf etwa 300.

Führung und Organisation des Fliegerzentrums erfolgte nach rein militärischen Gesichtspunkten. Das zivile Personal ordnete sich in vorbildlicher Disziplin unter.

Die Aufgabenstellung für das Flugzentrum Lipezk ergab folgendes Programm:

1. Ausbildung des zivilen fliegenden Stammpersonals zu Jagdfliegern und Jagdfluglehrern;
2. Ausbildung des zivilen technischen Stammpersonals aller Sparten für leitende technische Stellen einer Luftwaffe;
3. Durchführung von Jagdfliegerlehrgängen für das aktive Personal der Reichswehr (Offiziere und „Jungmänner“);
4. Durchführung von Lehrgängen für Flugzeug-Beobachter (Offiziere);
5. Durchführung der taktisch-technischen Erprobung von Kriegsflugzeugen;
6. Sammlung von Erfahrungen taktischer, technischer und organisatorischer Art auf allen Gebieten.

Als zusätzliche Aufgabe kam hinzu: die Ausbildung von technischem Bodenpersonal der russischen Luftwaffe in laufenden Lehrgängen.

Der Schwerpunkt der Aufgabenstellung änderte sich im Lauf der Geschichte von Lipezk je nach den Planungen der Fliegerrüstung und in innerer Wechselwirkung mit den wachsenden Möglichkeiten einer freieren Betätigung in Deutschland (z. B. der Beobachterausbildung in Braunschweig seit 1931).

Der zeitliche Ablauf war etwa folgender:

1924 : Ausbau durch deutsches Personal und Material;

- 1925 : Beginn von Auffrischungslehrgängen für ehemalige Kriegs-Jagdflieger (bis 1927) sowie Neuausbildung des Stammpersonals zu Jagdfliegern und Jagdfluglehrern;
- 1926 : Beginn der Ausbildung von Reichswehroffizieren zu Jagdfliegern;
- 1928 : Beginn der Ausbildung von „Jungmärkern“ zu Jagdfliegern (bis 1933); Beginn der Beobachter-Lehrgänge (bis 1930); Aufnahme planmäßiger technischer Versuche und Erprobungen auf breiter Basis (bis 1933);
- 1930—1933: Jagdfliegerausbildung und technische Erprobung;
- 1933 : Auflösung von Lipezk.

Die Rote Luftflotte war in Lipezk vertreten durch eine größere Anzahl von Soldaten, die in besonderen fliegertechnischen Lehrgängen durch deutsche Lehrer (Werkmeister und Mechaniker) in allen technischen Sparten ausgebildet wurden. Die Lehrgangsteilnehmer bildeten zugleich die technischen Hilfskräfte, die in der täglichen Praxis des deutschen Flugbetriebes als Bodenpersonal verwendet wurden. Dazu kam eine ziemlich große Zahl von russischen Zivilarbeitern, die in den umfangreichen technischen und wirtschaftlichen Betrieben benötigt wurden.

Ein russischer Verbindungsoffizier als Vertreter der Roten Luftflotte stand dem deutschen Leiter gegenüber. Er wurde bald zu einem unentbehrlichen Helfer der deutschen Kolonie.

2. Die fliegerische Ausbildung in Lipezk.

a) Grundlagen und Besonderheiten der Ausbildung.

Durchführung und Ergebnis der Jagdflieger- und Beobachterausbildung hingen ab von den zur Verfügung stehenden materiellen und personellen Möglichkeiten sowie von den geistigen Grundlagen, auf denen sich die Ausbildung aufbauen mußte.

Die materiellen Voraussetzungen waren gegeben durch die zur Verfügung stehenden Zahlen und Typen von Flugzeugen. Diese veralteten von Jahr zu Jahr mehr; Bestand und Einsatzbereitschaft nahm zudem durch natürlichen Verschleiß laufend ab. Durch „Ausschlachten“ und Zusammenbau von noch brauchbaren Zellen und Motoren konnten nur in begrenztem Umfang „neue“ Flugzeuge bereitgestellt werden.

Mit Ersatz und Ergänzung aus der Heimat war nie zu rechnen. Denn es war weder fabrikatorisch noch finanziell möglich, die für die laufende Luftrüstung in Deutschland entwickelten Flugzeugtypen auch für die Ausbildung in Rußland zur Verfügung zu stellen. So klaffte hier eine von Jahr zu Jahr immer stärker fühlbar werdende Lücke zwischen der Qualität des für die Ausbildung verfügbaren fliegerischen Materiales und den Leistungen der für den taktischen Einsatz weiter entwickelten modernen Rüstungstypen. Damit klaffte zwangsläufig auch eine Lücke zwischen dem tatsächlichen Ausbildungsstand des fliegenden Personals und den theoretisch zu fordernden Ausbildungszielen. Man war sich dieser Diskrepanz durchaus bewußt, vermochte sie jedoch in der Praxis nicht zu ändern.

Die personellen Voraussetzungen waren gegeben durch das verfügbare Menschenmaterial. Mit dem Ansteigen der geheimen Rüstung wurde es indessen immer schwieriger, qualitativ voll befriedigendes Personal zu gewinnen. So sehr man in der Heimat auf Auslese bedacht war, so blieb wenig Spielraum für die Fortsetzung eines solchen Ausleseprozesses während und nach der Ausbildung in Rußland. Das in Lipezk ausgebildete fliegende Personal bildete eine feststehende Größe in der Rüstungsplanung. Es mußte daher in Kauf genommen werden, daß ein – tatsächlich sehr kleiner – Teil des fliegenden Personals, der nicht alle Anforderungen erfüllte, durch die gesamte Ausbildung in Lipezk durchgeschleust ward.

Die geistigen Grundlagen der Ausbildung waren veraltet. Zwar verfügten Lehrer und Schüler zu einem Teil noch über gewisse Kriegserfahrungen, die praktisch jedoch kaum mehr als subjektive Kriegserinnerungen bedeuteten. Ausbildungs- und Einsatzvorschriften aus der Endzeit des Kriegs waren vorhanden. Doch zwischen dem Kriegsende und dem Beginn der Wiederausbildung in Rußland lag eine unüberbrückbare Spanne von vielen Jahren (bei der Beobachterausbildung z. B. von 10 Jahren!). Technik und Taktik ausländischer Luftmächte hatten sich gerade in dieser Zeitspanne stürmisch weiterentwickelt.

Das Charakteristische der Ausbildung in Lipezk war nun, daß diese nicht auf der Basis erprobter Erfahrungsgrundsätze durchgeführt werden konnte, die sich zu einem feststehenden Ausbildungsprogramm verdichtet hatten. Es mußten aus der Praxis der Ausbildung heraus gleichzeitig deren theoretische Grundlagen erarbeitet, entwickelt und festgelegt werden. Aus den so gewonnenen Erkenntnissen formte sich erst ein Ausbildungssystem, das wiederum durch neue taktische Erprobungen bestätigt werden mußte.

Diese Wechselwirkung gestaltete die gesamte Ausbildung zu einem interessanten, abwechslungsreichen und befruchtenden Experiment. Die Voraussetzungen und Bedingtheiten der Ausbildungstätigkeit in Lipezk stellten alle Beteiligten vor immer neue Aufgaben. Durchführung und Ergebnis sind daher nicht mit dem Maßstab zu messen, der an die normale Ausbildungstätigkeit einer bestehenden Luftwaffe gelegt werden muß. Um so höher ist zu bewerten, was unter Erschwerungen aller Art durch Improvisation, Phantasie und durch ein bewegliches System von Aushilfen tatsächlich erreicht worden ist: die Bereitstellung von gut ausgebildetem, in der fliegerischen Praxis erfahrener Personal für Jagd- und Aufklärungsverbände einer zukünftigen Luftwaffe.

Auf der anderen Seite wurden unvermeidliche Mängel wieder ausgeglichen durch Vorteile, die weniger auf dem Gebiet der technischen Möglichkeiten und der Ausbildungsmethoden lagen als auf dem des psychologischen Milieus jener Jahre.

Der Flieger ist in besonderem Maße ein Mensch der inneren wie der äußeren Freiheit. Je mehr ihm beide Freiheiten offenstehen, um so stärker entwickelt sich in ihm die fliegerische Passion und damit die persönliche Leistung. Die geographische, politische und berufliche Enge des damaligen Deutschland war hinter dem Flieger von Lipezk versunken. Sein erhöhtes Lebensgefühl in der Weite des russischen Raums kannte weder Gefahren noch Unmöglichkeiten.

Aus solchen psychologischen Bedingungen heraus entwickelte sich in Lipezk aus einem Schulbetrieb eine „Forschungsstätte“, in der das Nebeneinander von Lehrer und Schüler durch ein Miteinander gemeinsamer Arbeit und Zielstrebigkeit ersetzt wurde: durch die des Suchens und des Erprobens neuer Ideen und ihrer Verwirklichung. Es ergaben sich so Möglichkeiten einer ursprünglich-schöpferischen Tätigkeit, wie sie Soldaten selten und nur dann vergönnt ist, wenn überkommene Grundlagen fraglich geworden sind oder ein völlig neuer Anfang gefunden werden muß.

Aus solcher geistigen Umwelt heraus wurden in Lipezk Ausbildung, Taktik, Organisation und Technik gestaltet. Es ging nicht nur um Einzelprobleme, sondern um eine alles umfassende Neuordnung. In dieser Tatsache liegt vielleicht das wichtigste Ergebnis der Ausbildung in Rußland begründet. Es wurden die geistigen Grundlagen einer zukünftigen Luftwaffe in der fliegerischen Praxis erarbeitet.

b) Die Ausbildung der Jagdflieger.

Das Personal der Jagdfliegerausbildung setzte sich aus verschiedenen Kategorien zusammen. Da war zunächst eine Gruppe von Offiziersjagdfliegern aus dem Weltkrieg, dann das zivile Stammpersonal, schließlich junge Offiziere der Reichswehr, und endlich als Kern die „Jungmärker“. — Aus der Reihenfolge der Aufzählung, die sich mit der zeitlichen Reihenfolge der Ausbildung der einzelnen Kategorien deckt, wird ersichtlich, daß eine fortschreitende Verjüngung der Jagdflieger durchgeführt wurde. Es hatte sich erneut bestätigt, daß die Flugfrische gerade der Jagdflieger infolge der starken psychischen und physischen Beanspruchungen stärker an das Lebensalter gebunden ist als bei jeder andern Kategorie von Flugzeugführern. Es kam die weitere Überlegung hinzu, daß ein Jagdflieger auch deshalb in möglichst jungen Jahren ausgebildet werden mußte, damit er möglichst lange als Jagdflieger in der personellen Fliegerausrüstung eingesetzt werden konnte. Das Erfahrungsergebnis war, daß seit 1928 nur noch die gerade schulentlassenen „Jungmärker“ ausgebildet worden sind. Sie haben sich vorzüglich bewährt.

Während die aktiven und zukünftigen Angehörigen der Reichswehr nur in den Sommerlehrgängen ausgebildet wurden, flog das zivile Stammpersonal ganzjährig. Aus ihm war bereits 1925 eine sogenannte „Jagdlehrstaffel“ gebildet worden, welche nach Abschluß der eigenen Ausbildung im Lauf der folgenden Jahre durch Erprobung der taktischen Einsatzmethoden und Kampfformen die Grundlagen für eine Ausbildung der Jagdflieger erarbeitete. Diese Erprobung fand vorwiegend im Winterhalbjahr statt (bei Schnee wurden die Flugzeuge auf Kufen gesetzt), während die Staffelanghörigen im Sommer als Jagdfluglehrer eingesetzt wurden.

Die Ausbildung der Jagdlehrgänge erfolgte nach den üblichen Leitsätzen einer organischen Steigerung des taktischen Fliegens vom Einzelflug über die Kette bis zum Staffilverband. Der Staffilverband (9 Flugzeuge) war die größte geschlossene Einheit, in der in Lipezk geflogen wurde; bei Luftkampfübungen konnten 2 Staffeln gegeneinander arbeiten.

Die Flugzeuglage war zahlenmäßig noch relativ günstig. Jedoch veralteten und

verbrauchten sich die holländischen „Fokker D-XIII“ mehr und mehr. Vor allem war die Ausbildung in großen Höhen infolge der geringen Steigleistungen der englischen „Napier“-Motoren wie infolge Mangels an Sauerstoffgeräten unzureichend. Es war zum Teil eine Folge dieses rein technischen Zwanges, daß sich der Schwerpunkt der Ausbildung immer mehr auf das Gebiet der Tiefangriffe verlagerte. Doch wurde auch ihre taktische Bedeutung frühzeitig erkannt. Bereits Ende der 20er Jahre wurden die Jagdmaschinen zusätzlich mit Bombenabwurfteinrichtungen versehen und taktisch erprobt, womit der erste „Jabo“ (= Jagdbomber) geschaffen war.

Dem straffen Ausbildungssystem und der fliegerischen Disziplin der Lipezker Jäger war es zu verdanken, daß trotz des rücksichtslosen, fast kriegsmäßigen Einsatzes die unvermeidlichen Verluste gering blieben. Das Ergebnis der Jagdfliegerausbildung in Lipezk von 1925 bis 1933 war die Bereitstellung von rd. 120 vorzüglich ausgebildeten Jagdfliegern, die – wie sich später erwies – nach einer ganz kurzen Umschulung auf modernsten Jagdmaschinen einsatzbereit waren.

c) *Die Ausbildung der Flugzeugbeobachter.*

Die Schüler der Ausbildungslehrgänge waren ausnahmslos taktisch geschulte Offiziere der Reichswehr mit Truppenerfahrung in Krieg und Frieden. Die meisten von ihnen waren schon im Krieg als Flugzeugführer oder Beobachter geflogen. Damit schienen zunächst besonders günstige Voraussetzungen für die Ausbildung gegeben. Es wurde jedoch bald erkennbar, daß die Flugfrische der älteren Offiziere rasch nachließ. In der Folgezeit wurden daher nur noch sehr junge, taktisch geschulte, aber fliegerisch noch nicht vorgebildete Offiziere in die Beobachterausbildung übernommen.

Die Ausbildungsdauer betrug 1 Jahr. Bei der halbjährigen Vorausbildung in Berlin hatte der Schwerpunkt auf der Theorie der Lufttaktik und auf der praktischen Beherrschung der Funktechnik gelegen. Ihr folgte die ebenso lange praktisch-fliegerische Ausbildung in Lipezk. Diese zeitliche und örtliche Trennung von theoretischer und praktischer Ausbildung war eine sich aus den Verhältnissen ergebende Notlösung, deren Nachteile in Kauf genommen werden mußten.

Die günstigen klimatischen Verhältnisse des Großraums um Lipezk erlaubten an sich ein Optimum an Flugstunden. Doch litt die Ausbildung des Einzelnen in der Luft unter dem immer krasser werdenden Mißverhältnis zwischen der Zahl der Beobachter und der einsatzbereiter Flugzeuge. Zudem beeinträchtigte auch hier die geringe Steigfähigkeit der veralteten Maschinen sowie der Mangel an Sauerstoffgerät die Ausbildung in kriegsmäßigen Höhen.

Trotz aller Erschwerungen wurde die Ausbildung intensiv durchgeführt, vor allem in Navigation, Funk-, Bild- und Schießpraxis, in geringerem Umfang auch im Bombenwurf. Die Anwesenheit von Jägern auf dem gleichen Platz erlaubte ein enges Zusammenarbeiten bei Luftkampfübungen.

Den Höhepunkt der Beobachterausbildung bildete die Verlegung des ganzen Lehrgangs auf einen russischen Truppenübungsplatz in der Nähe von Woronesch. Hier war die Möglichkeit gegeben, taktisches Fliegen in Zusammenarbeit mit rus-

sischen Erdtruppen zu üben, vor allem Artillerie einzuschießen. Dabei wurden neue Einschießverfahren für Artilleriefieger ausgearbeitet und praktisch erprobt. Ein weiterer Gewinn lag in der Tatsache, daß der Flugbetrieb unter den primitivsten feldmäßigen Verhältnissen durchgeführt werden mußte, so daß die Offiziere an erschwerte Arbeitsbedingungen, wie sie im Ernstfall wahrscheinlich sind, gewöhnt wurden.

Gerade auch in Woronesch war der einzelne Flug nie Selbstzweck der Ausbildung, sondern stets Mittel zum Zweck der Schaffung theoretischer und praktischer Grundlagen für Einsatz und Einsatzvorschriften.

Das zahlenmäßige Gesamtergebnis der Beobachterausbildung in Lipezk war von 1928 bis 1930 die Bereitstellung von rd. 100 Offizier-Flugzeug-Beobachtern für Aufklärungsverbände.

3. Die technische Erprobung in Lipezk.

Die „Erprobungsgruppe“ wechselte jährlich in Stärke und Zusammensetzung je nach der Schwerpunktbildung in der Aufgabenstellung der einzelnen Rüstungsphasen. Sie umfaßte unter Leitung von Offizieren des Heereswaffenamtes technische Spezialisten aller Sparten, die teils aus den fliegertechnischen Abteilungen dieses Amtes und dessen Erprobungsstelle Rechlin, teils aus verschiedenen zivilen Produktionsfirmen stammten. Das Personal kam in kleinen Gruppen auf dem Landweg über Moskau, die Rüstungsflugzeuge wurden aus Deutschland überflogen, das übrige Material kam auf dem Seeweg über Leningrad.

Zu diesem Material gehörten – neben den Flugzeugen selbst – alle die Geräte und Einrichtungen, die zur militärischen Ausrüstung der Kriegsflyzeuge gehörten. Auch diese Geräte waren in Deutschland so weit erprobt, als es ohne Gefährdung der Tarnung möglich gewesen war. Als Beispiel: Bildgerät konnte in der Heimat voll erprobt werden, da seine Herstellung erlaubt und ziviler Bedarf für Luftbildunternehmen und für Exportzwecke gegeben war. Dagegen konnten u. a. Bomben, Bordwaffen, optisches Gerät, wie Bombenzielgeräte oder Spiegelreflexvisiere für Jagdflugzeuge, nur im taktischen Einsatz aus und in der Luft in Rußland erprobt werden.

Bei dieser in Lipezk stattfindenden „Fronterprobung“ handelte es sich im wesentlichen um diejenigen Flugzeugmuster mit ihrer militärischen Ausrüstung, die nach entsprechender Prüfung als reif für die Serienfertigung durch die Industrie erklärt werden konnten. Diese selbst wurde jedoch nicht durchgeführt, zumal sie zur Ansammlung rasch veraltenden fliegerischen Geräts geführt haben würde. Es wurden nur alle technischen Grundlagen für die Serienfertigung ausgearbeitet und bereitgelegt.

Die Richtigkeit dieses Prinzips bestätigte sich, als man nach der Erprobungsperiode 1931 sich entschloß, trotz der unaufhaltsam fortschreitenden Entwicklung von Taktik und Technik das in diesem Jahr bewährte Material, d. h. die Flugzeugmuster mit ihren Einbauten als Standardtypen der Luftrüstung anzunehmen. So kam es, daß je 2 Typen von Fernaufklärern (zugleich als leichte Bomber verwend-

bar), von Nahaufklärern und von Jagdflugzeugen in dem Augenblick erprobt und serienreif zur Verfügung standen, als 1933 der Aufbau der neuen Luftwaffe begann.

VI. DIE TARNUNG DER ILLEGALITÄT.

Die Fliegerorganisation der Reichswehr in Rußland bildete mit ihrer Heimatorganisation eine untrennbare innere Einheit, die wiederum nur ein Ausschnitt aus der umfassenden Gesamtorganisation der Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und Roter Armee war. Diese stand unter dem Zeichen der Illegalität, diesseits wie jenseits der Grenzen, und damit unter dem Zwang zur vollkommenen Tarnung. Die Einzelheiten der Zusammenarbeit und die sie umgebende Atmosphäre können nur verstanden werden, wenn die Darstellung der illegalen Tatsachen ergänzt wird durch eine Skizzierung der tatsächlichen Tarnung der Illegalität.

Die außergewöhnlichen Umstände einer zwischenstaatlichen Zusammenarbeit, die nach innen und außen geheimzuhalten war, erzwangen eine Reihe von außergewöhnlichen Maßnahmen. Wollte man die vielfältigen Methoden der Tarnung auch nur einigermaßen lebensnah zu schildern versuchen, so müßte man sich einer Darstellungsform bedienen, die den Rahmen einer nüchternen geschichtlichen Rückschau sprengen würde.

Trotzdem soll nicht darauf verzichtet werden, wenigstens einige Probleme der Tarnung zu streifen, weil erst damit die Schwierigkeiten sowohl wie die Leistungen ins rechte Licht treten.

Zunächst lag gemäß den politisch-geographischen Voraussetzungen zwischen den beiden Organisationsräumen Deutschland und Rußland ein Gürtel fremder Hoheitsgebiete auf der Erde, auf See und in der Luft. War Polen damals als politisch feindlich zu bezeichnen, so konnten die 3 baltischen Randstaaten immerhin als neutral bewertet werden. Westlich dieses trennenden Ländergürtels wurde auf deutschem Boden jede militärische Betätigung mißtrauisch von zwei Seiten her überwacht, von den offiziellen und inoffiziellen Organen der alliierten Kontrollkommissionen wie von Teilen der deutschen Öffentlichkeit. Östlich des „Eisernen Vorhangs“ aber forderte der sowjetische Partner aus außen-, vor allem aber aus innerpolitischen Gründen größte Vorsicht und Zurückhaltung. So lag zwischen den beiden Aktionsräumen der Reichswehr ein breiter Streifen von gefährlichen Grenzen und Hindernissen.

Es galt also, mit einem wohlorganisierten System der Geheimhaltung alle Organe des Rußlandkomplexes eng zusammenzubinden. Dieser Organismus umfaßte den Chef des Truppenamtes im Reichswehrministerium in Berlin ebenso wie den jüngsten Panzerfahrer oder Flugzeugmechaniker in Rußland; den Reichswehroffizier nach seinem Ausscheiden aus dem Heer ebenso wie den zivilen „Jungmäcker“ vor seinem Eintritt in den aktiven Dienst. Mit einer Verschwiegenheit, die letzten Endes nur Ergebnis freiwilligen Entschlusses sein konnte, wurden die in der illegalen Tätigkeit liegenden Risiken für Leben und Existenz in Kauf genommen. Denn es bestand kein Zweifel, daß im Falle der Aufdeckung des ganzen Systems schwerwiegende inner- wie außenpolitische Auswirkungen zu erwarten waren, denen gegen-

über die beteiligten offiziellen Stellen ihr „Gesicht wahren“ mußten. Über die persönlichen Konsequenzen für die wirklichen Akteure war sich jeder klar.

Die Verschwiegenheit wurde im Ministerium selbst fast zu einem Kult gestaltet. Auch in den unmittelbar beteiligten Dienststellen waren nur diejenigen Offiziere unterrichtet, deren Mitarbeit unbedingt benötigt wurde. Alle Fäden liefen in jener bereits erwähnten geheimen Zentrale für Rußlandangelegenheiten zusammen. Von ihr wurde – unter andern Aufgaben – auch der gesamte personelle und materielle Verkehr zwischen Deutschland und Rußland gesteuert. Diese Aufgabenstellung ging jedoch in der Praxis weit über die Möglichkeiten einer militärischen Kommandostelle hinaus, mußten doch sowohl zivile Behörden wie Verkehrsorganisationen, Firmen und Privatpersonen eingeschaltet werden.

Als Aushilfe hatte die Zentrale in Berlin daher zwei als öffentlich-rechtlich eingetragene Handelsgesellschaften getarnte Außenstellen eingerichtet. Unter dem Deckmantel eines privatwirtschaftlichen Handelsverkehrs mit der Sowjetunion unterhielten diese „Firmen“ die Verbindung mit der Gegenzentrale in Moskau („Z. Mo.“). Beide Stellen waren die eigentlichen Träger des gesamten Verkehrs über die Grenzen in beiden Richtungen.

Vor allem die Materialtransporte hatten, besonders während der zeitlich gestaffelten Aufbauperioden der einzelnen Stützpunkte, einen ungeheuren Umfang angenommen. Bis zum letzten Nagel beruhte die Arbeit auf deutschem Import, da die Russen aus ihrem Lande nur das Rohbaumaterial lieferten (Stein und Holz). Doch machten Transporte solcher Art keine ernsthaften Schwierigkeiten. Anders verhielt es sich mit der alljährlichen Überführung von Ausbildungs- und Erprobungsmaterial von Deutschland nach Rußland und zurück. Mit dem wachsenden Umfang von Ausbildung und Erprobung nahmen diese Transporte immer größere Ausmaße an. Im gleichen Maße stiegen die Schwierigkeiten der Tarnung. Denn ein großer Teil des zu befördernden Materials trug mehr oder weniger deutlich militärischen Charakter. Die Steuerung dieser Transporte wurde daher im Zusammenhang mit den politischen und verkehrstechnischen Gegebenheiten zu einem besonders komplizierten Problem.

Polen schied von vornherein als Durchgangsland aus. Für den Landtransport stand somit nur die Eisenbahnstrecke Königsberg–Kowno–Dünaburg–Smolensk–Moskau zur Verfügung. Sie führte durch Litauen und Lettland, was praktisch hieß, daß sie sechs verschiedenen Grenz- und Zollkontrollen unterlag. Diese waren möglichst zu vermeiden, nicht zum wenigsten auch – die deutschen. Infolgedessen beschränkten sich die Materialtransporte auf dem Landweg im wesentlichen auf solche Güter, die im Rahmen des normalen Warenaustausches zwischen Deutschland und Rußland im Transit durch zwei Zwischenstaaten noch unauffällig verfrachtet werden konnten.

Der Luftweg kam nur für gelegentliche Transporte besonders hochwertiger Güter in Frage, da kein echter Lufttransportraum zur Verfügung stand. In erster Linie wurden die Maschinen für Ausbildung und Erprobung in größten Höhen und ohne Zwischenlandung in den Randstaaten überflogen.

So lag der Schwerpunkt auf dem Seetransport, der freilich jahreszeitlichen Beschränkungen je nach der Eislage im Finnischen Meerbusen unterworfen war. Die Masse der Güter ging vom Freihafen Stettin nach Leningrad. Aber auch dieser Weg hatte seine Schwierigkeiten. Besonders geheimes und nicht zu tarnendes oder gefährliches Gerät wie Flugzeugsbomben und sonstige Munition konnten nicht in Stettin verladen werden. Dieses Material wurde irgendwo auf kleinen Seglern, die mit Offizieren bemannt waren, verfrachtet, und „schwarz“ über die Ostsee gefahren. Totalverluste waren dabei nicht zu vermeiden. Auf den Gegenkursen ergaben sich Schwierigkeiten anderer Art. So mußten z. B. die Särge mit den Leichen der in Lipezk abgestürzten Flieger in Kisten verpackt und als „Maschinenteile“ deklariert werden. Sie wurden aus dem Freihafen Stettin mit Hilfe einiger ins Vertrauen gezogener Zollbeamter herausgeschmuggelt. Die illegale Seetransportorganisation der Reichswehr beschränkte sich jedoch nicht nur auf den Weg von Stettin nach Leningrad und zurück. Sie brachte es unter anderem auch fertig, Flugmotoren englischen Ursprungs aus Rußland zur Reparatur im Herstellerwerk nach England zu verschiffen und dort wieder abzuholen. Auch hierbei blieb die Tarnung gewahrt.

Die Tarnung des personellen Verkehrs war ebenfalls bis ins Letzte durchorganisiert. Alle Offiziere, die zu längerem Aufenthalt nach Rußland reisten, wurden vorher mit ihrem Einverständnis verabschiedet und offiziell aus der Rangliste gestrichen. Niemand, auch nicht die nächsten Angehörigen, durften über die wahren Gründe des Ausscheidens und den neuen Beruf unterrichtet werden. Eine sorgfältig durchdachte und individuell gestaltete „Sprachregelung“ stellte die Tarnung auf diesem Sektor sicher. Zwar war die Wiedereinstellung nach Rückkehr zugesagt, doch bestand kein gesetzlicher Anspruch dieser Art, keinesfalls konnte er mit rechtlichen Mitteln erzwungen werden; zumal dann nicht, wenn in der Zwischenzeit das Tarnungssystem etwa zerrissen worden sein sollte. Darin lag ein Teil des persönlichen Risikos, das zu übernehmen war.

Die Reise erfolgte mit echten Pässen und gültigen Transitvisen. Nur die Namen und Berufsangaben waren falsch. Selbst die Kleidung war individuell festgelegt, um eine zu auffällige zivile Uniformität zu vermeiden. Die kleinen Gruppen von Reisenden, die stets mit dem Nordexpress Paris-Riga fuhren, wurden bereits auf lettischem Boden in Dünaburg durch Organe des sowjetischen „Inturist“ unauffällig betreut. Die Grenz- und Zollkontrolle auf der sowjetischen Grenzstation wurde bei den durch ein vorzüglich funktionierendes Meldesystem stets angekündigten Reichswehr-Reisenden höflich und großzügig durchgeführt. Diese privilegierte Behandlung stand in auffälligem Gegensatz zu der der spärlichen echten Zivilreisenden, welche den „Eisernen Vorhang“ zu jener Zeit durchschreiten konnten.

Die Rückreise erfolgte teils auf gleichem Weg, teils in größeren Gruppen auf sowjetischen kombinierten Fracht- und Passagierschiffen von Leningrad über die Ostsee. Dieser letztere Weg vermied zwar zwei Transitländer, barg aber andere Gefahren in sich, namentlich die Zoll- und Grenzkontrollen in den deutschen Häfen. Aber auch solche Schwierigkeiten wurden überwunden, indem man z. B. bei Nacht über die Dämme des Kaiser-Wilhelm-Kanals unbemerkt an Land ging.

Entscheidend für die Aufrechterhaltung der Tarnung in Rußland selbst war die Tätigkeit der „Zentrale Moskau“. Sie war das geheimnisvolle Schaltwerk der Reichswehrregie in Rußland. Trotzdem das schlichte Gebäude in der einst vornehmen Worowskaja Uliza unmittelbar neben einer ausländischen diplomatischen Mission sich befand, blieb die Tätigkeit in seinem Innern durch 10 Jahre hindurch wenn auch nicht unbeobachtet, so doch ungestört. Z. Mo. führte nicht nur die umfangreichen Materialtransporte und die zentrale Beschaffung des Bedarfs in Rußland selbst, sowie die Verhandlungen über große und kleine Fragen mit den sowjetischen Zentralstellen durch, sondern übte auch die vielseitigen Funktionen eines „Reisebüros“ aus, in dem die zahlreichen Rußlandfahrer vom Augenblick der Ankunft in Moskau bis zur Vorbereitung der Ausreisen sorgfältig betreut wurden. Hier war ferner die Zentrale eines regelmäßigen Kurierdienstes, der alle Stützpunkte mit der Heimat verband. Für die Beförderung der dienstlichen und privaten Post nach und von Deutschland stand der diplomatische Kurierdienst der Deutschen Botschaft bzw. des Auswärtigen Amtes zur Verfügung. Hier war schließlich auch die Finanzzentrale der Reichswehr in Rußland, wie schon ausgeführt worden ist. In ihren vielseitigen Aufgaben wurde Z. Mo. von den sowjetischen Zentralstellen verständnisvoll unterstützt.

In Zusammenfassung der geschilderten Maßnahmen läßt sich sagen, daß die Tarnung diessseits wie jenseits des „Eisernen Vorhangs“ bis zuletzt gewahrt geblieben ist.

VII. EINDRÜCKE UND ERFAHRUNGEN AUS DER ZUSAMMENARBEIT MIT DER ROTEN ARMEE.

1. Psychologische Ausgangslage.

Zwar bestanden zwischen Deutschland und der Sowjetunion, die beide einen Krieg verloren hatten und sich als Parias der damaligen Welt isoliert fanden, gewisse Gemeinsamkeiten. Aber die Ausführung der militärischen Vereinbarungen, die alljährlich ergänzt und ausgebaut wurden, erwies sich in vieler Hinsicht als schwierig. Das lag einmal an der noch im vollen Gang befindlichen revolutionären Entwicklung der sowjetischen Staats- und Gesellschaftsordnung, zum anderen an psychologischen Voraussetzungen.

Zwischenstaatliche Vereinbarungen bleiben erfahrungsgemäß auch bei sorgfältiger Formulierung ihrer Einzelheiten auslegungsfähig. Man machte bald die Erfahrung, daß der Sowjetrusse vermeidet, sie de jure zu brechen, aber geneigt ist, sich de facto seinen Verpflichtungen, soweit zweckmäßig, zu entziehen, während er gleichzeitig starr auf Erfüllung seitens des Andern beharrt. Diese frühzeitig gewonnene Erkenntnis wurde im Lauf der Jahre immer wieder bestätigt.

So führte der Russe alle damaligen Verhandlungen mit einer gewissen reservationalis. Zudem blieb die Tatsache, daß das besiegte Deutschland der Besieger des eigenen Landes gewesen war, ein gefühlsmäßiges Hemmnis. Die Erkenntnis der – nach sowjetischer Auffassung vorläufigen – kulturellen und technischen Rückständigkeit des Ostens gegenüber dem Westen bildete weiterhin eine Quelle nationalen Ressentiments. Und schließlich blieb im Russen stets die latente Befürchtung wach,

nicht auf der Basis von Gleichberechtigung und Gegenseitigkeit behandelt, also letzten Endes doch „betrogen“ zu werden. Diese Sorge wurde zum Komplex einer Mentalität, die der Russe aus seinem eigenen Bewußtsein auf die des Westens projizierte.

Das Ergebnis war ein der deutschen militärischen Seite unverständlicher Grad von Mißtrauen, das weiterhin genährt wurde durch die Besorgnis, die im Lande offen in Erscheinung tretenden Mißstände würden den Besuchern aus dem Westen nicht verborgen bleiben. Die aus solchen Ressentiments geborenen Minderwertigkeitskomplexe wurden oft abrupt abgelöst durch ein Überlegenheitsbewußtsein, das in der altrussischen, durch die Revolution nur verstärkten Idee der Berufung zu einer im tiefsten religiös bestimmten Menschheitsmission wurzelte. Das gleiche Bewußtsein führte aber auch zur Bedenkenlosigkeit in der Wahl der Mittel, wenn der politisch-weltanschaulich bestimmte Zweck sie zu rechtfertigen schien. Alle diese und andere Faktoren ließen bei Verhandlungen und Gesprächen eine seltsam widerspruchsvolle Atmosphäre entstehen, deren fühlbare Auswirkung die weitgehende Unberechenbarkeit des Denkens und Wollens der andern Seite war.

Zu dieser inneren Verfassung gesellte sich eine äußere Verhandlungsform, die durch starren Schematismus, umständlichen Bürokratismus, und, wenn dies zweckmäßig schien, durch lähmende Langsamkeit gekennzeichnet war. Vereinbarungen waren selten endgültig. Auf der mittleren Ebene wich man dem Abschluß letzten Endes durch die Erklärung der eigenen „Unzuständigkeit“ und die Berufung auf eine höhere Entscheidung aus, die oft genug nicht eintraf.

Mit solchen Imponderabilien war bei der Zusammenarbeit zu rechnen. Sie erforderten auf deutscher Seite eine besonders geduldige Verhandlungstaktik und den Versuch immer erneuter Einfühlung in die rätselhafte Psyche des Partners.

2. Zusammenarbeit auf taktischem Gebiet.

Die praktische Auswirkung dieser psychologischen Situation wurde frühzeitig erkennbar. Die Russen versuchten mit allen Mitteln der deutschen Seite tieferen Einblick in ihre militärischen Verhältnisse zu verwehren; sie versuchten, sich möglichst einer Gegenleistung zu entziehen, oder sie wenigstens zu verzögern. Umgekehrt waren sie bestrebt, in größtmöglichem Umfang in den deutschen Bereich Einblick zu gewinnen. Dies wurde von der Reichswehr weitgehend ermöglicht. So nahmen sowjetrussische Generale und Generalstabsoffiziere an der getarnten Generalstabsausbildung des Reichswehrministeriums in Berlin teil; sie konnten ohne Beschränkung die deutschen taktischen und operativen Grundsätze und Vorschriften studieren. Dabei war immer wieder festzustellen, daß die sowjetischen Offiziere die deutschen Lehrgangsteilnehmer an Lerneifer fast übertrafen. Sie eigneten sich die deutschen Vorschriften trotz der sprachlichen Schwierigkeiten in einem Maße an, das sie schließlich den meisten ihrer deutschen „Mitschüler“ überlegen machte. Allerdings – und das schien typisch zu sein – bezog sich diese Beherrschung des Stoffes mehr auf die gedächtnismäßig-formale Erlernung als auf die inhaltliche Durchdringung und Anwendung. – In zunehmendem Maße nahmen

andere Offiziere der Roten Armee, später auch der Roten Luftflotte, an Generalstabsreisen, Kriegsspielen, Truppenübungen und -versuchen in Deutschland teil.

Der Reichswehr fehlte auf der andern Seite die Möglichkeit, die entsprechende Entwicklung russischer Führungsgedanken und ihre praktische Verwirklichung kennenzulernen; an sowjetischen Generalstabsreisen und ähnlichen Schulungs- und Forschungsvorhaben teilzunehmen gelang nie.

Auch Manöverbesuche waren von Anfang an der russischen Seite zugestanden worden. Seit 1925 nahmen umgekehrt höhere Offiziere der Reichswehr an größeren Truppenübungen der Roten Armee teil. Sie erschienen aus Geheimhaltungsgründen zunächst in Zivil und als „Kommunistische deutsche Arbeiterdelegationen“ getarnt, während in späteren Jahren die Besuche in Uniform erfolgten. Doch die organisierte und geführte Teilnahme an Manövern gibt fremden Beobachtern niemals einen wirklichkeitsechten Einblick in die wahren Verhältnisse, am wenigsten in der Heimat der „Potemkinschen Dörfer“!

Der Austausch der geistigen Grundlagen auf dem Gebiet der Kriegführung war somit durchaus einseitig; die Deutschen gaben, die Russen nahmen. Sämtliche Vorschriften, alle taktischen und operativen Studien, die Richtlinien für Ausbildung und Einsatz, selbst die organisatorischen Planungen der illegalen Aufrüstung, kurz ein Material, das in der Reichswehr selbst strengster Geheimhaltung unterlag, wurde Moskau zur Verfügung gestellt. Dies geschah ohne Vorbehalte und ohne Gegenleistung.

Die taktische Zusammenarbeit in der Truppenpraxis, soweit sie im Bereich des Flugzentrums Lipetsk zur Auswirkung kam, blieb ebenfalls in relativ bescheidenen Grenzen. Die Initiative dazu ging immer wieder und ausschließlich von deutscher Seite aus.

Ein Zusammenwirken in der Luft, das für die deutsche Seite aus taktischen und technischen Gründen besonders bedeutungsvoll gewesen wäre, kam nach langen Verhandlungen nur einmal zu begrenzter Verwirklichung. Das immer wieder angestrebte Vergleichsfliegen deutscher und russischer Jagdverbände, das der Erprobung der beiderseitigen Luftkampftaktik dienen sollte, wurde zugesagt, verzögert, verschoben und schließlich abgesagt. Die Gründe der Ablehnung waren in diesen wie in andern Fällen weniger durch die sonst fast krankhaft in Erscheinung tretende „Spionenfurcht“, als durch die Besorgnis bedingt, Einblick in eigene Schwächen und Unzulänglichkeiten gewähren zu müssen.

Im Rahmen der Beobachterausbildung war immer wieder versucht worden, Einsatzaufträge jeder Art in Verbindung mit russischen Truppenübungen zu lösen, um eine wirklichkeitsnahe Ausbildung zu erzielen. Es gelang zwar, diese Zusammenarbeit, vor allem im Raum um Woronesch, befriedigend durchzuführen, jedoch kam es trotz genauester Vereinbarung von Zeit und Raum immer häufiger vor, daß die deutschen Flugzeuge eingesetzt wurden –, die russischen Erdtruppen aber nicht erschienen.

Von größerem Wert war die Zusammenarbeit mit der russischen Artillerie. Es wurden nicht nur eine vollständige Ausbildung der Beobachter auf diesem Sonder-

gebiet und die Gestaltung neuer Einschießverfahren erreicht. Bei der engen Zusammenarbeit, die zumeist harmonisch verlief, gelang es zugleich, Einblick in den ausgezeichneten Ausbildungsstand der russischen Artillerie zu gewinnen. Aber auch hier kam es mit zunehmender Häufigkeit vor, daß die deutschen Flugzeuge funklar über dem Ziel waren, während die russischen Batterien nicht antworteten. Die Absichtlichkeit solcher von den Russen stets höflich bedauerter „Mißverständnisse“ war nie nachzuweisen; doch waren sie kaum aus sprachlichen Verständigungsschwierigkeiten zu erklären.

Diese und zahlreiche andere, sich immer häufiger wiederholende Erfahrungen des Ausweichens ließen auf ein russisches Desinteressement an der deutschen Beobachterausbildung schließen. Als jedoch nach 1930 die Beobachterausbildung nach Deutschland verlegt wurde, löste diese Maßnahme einen unverkennbaren Schock auf der andern Seite aus. Die Russen sahen in ihr den Beginn eines sich möglicherweise fortsetzenden Abbaus von Lipezk, sowie vor allem wohl ein Symptom der zunehmenden Bewegungsfreiheit in Deutschland, die den Wert des deutsch-russischen militärischen Austausches mindern mußte. Trotzdem war die Reichswehr im folgenden Jahr einigermaßen überrascht, als die Russen bei den routinemäßigen Verhandlungen in Moskau plötzlich ihr größtes Interesse an der deutschen Beobachterausbildung bekundeten und die Rückverlegung nach Lipezk beantragten. Darüber hinaus stellten sie noch eine völlig neue, früher nie diskutierte Forderung auf: Die Reichswehr, so wünschten sie, sollte in Zukunft auf breiter Basis „Geschlossene Nachtbombenverbände“ in Rußland ausbilden. Der Grund dieses Wunsches war wohl die Annahme, die Existenz solcher Bomber, die tatsächlich nicht zur Verfügung standen, sei ihnen bisher verheimlicht worden.

Dieser Fall schien typisch für die russische Mentalität und Verhandlungstaktik zu sein. Er zeigte, wie militärisch-fachliche Fragen nicht zu trennen waren von politischen Überlegungen, aber auch nicht von dem latenten Mißtrauen in die Aufrichtigkeit des Andern.

Die Ablehnung der neuen Forderungen wurde ausgeglichen durch die Zusage, daß Lipezk als technischer Erprobungsplatz nicht nur weiterbestehen, sondern in gesteigertem Umfang ausgenützt werden sollte. Dies entsprach sowohl den eigenen Absichten und Bedürfnissen, wie auch den schon seit langem erkennbaren Wünschen der Russen. Ihr Interesse hatte sich im Lauf der Jahre in zunehmendem Maße vom fliegertaktischen auf den fliegertechnischen Sektor verlagert.

3. Zusammenarbeit auf technischem Gebiet.

Auch auf dem Gebiet der Technik war ein wechselseitiger Austausch von Anfang an vereinbart. Aber auch er entwickelte sich ziemlich einseitig zugunsten der russischen Seite. Das lag – wenigstens in den ersten Jahren – weniger an dem Bestreben, den Deutschen Wesentliches vorzuenthalten, als vielmehr an der Tatsache, daß in der Roten Luftflotte kaum etwas Erhebliches vorzuzeigen war.

Als symptomatisch für die Lage auf russischer Seite Ende der 20er Jahre mag eine Unterhaltung mit einem höheren sowjetischen Fliegeroffizier gelten, der anläßlich

einer der seltenen Besichtigungen russischer Flugzeuge auf die Primitivität ihrer Konstruktion und Ausrüstung angesprochen wurde. Seine aufschlußreiche, aber gesunden Menschenverstand verratende Antwort lautete: „Wir Russen haben es bis jetzt noch mit einem primitiven Menschenmaterial zu tun. Wir sind gezwungen, das Flugzeug dem Typ des Flugzeugführers, über den wir nun mal verfügen, anzupassen. In dem Maße, in dem es uns gelingt, einen neuen Menschentyp heranzuzüchten, wird auch die technische Entwicklung des Materials vervollkommen werden. Beide Faktoren bedingen einander. Man kann nicht primitive Menschen in komplizierte Maschinen setzen. Wir sind erst auf dem Wege einer Entwicklung zur ausgeglichenen Qualität beider Faktoren.“

In den späteren Jahren wurde die technische Entwicklung in der Roten Luftflotte forciert. Ihre Phasen im einzelnen zu verfolgen, wurde der deutschen Seite auf jede Weise erschwert. Umgekehrt interessierten sich die Russen in zunehmendem Maße für die technische Erprobungstätigkeit in Lipezk. Laufend beschäftigten sich kleinere Gruppen von Fliegeroffizieren und Technikern mit den Einzelheiten der deutschen Arbeiten. Später erschienen große Kommissionen von führenden Persönlichkeiten und Spezialisten aller Fachgebiete aus der luftwaffentechnischen Versuchsanstalt „Zagi“ und nahmen während der ganzen Erprobungsperiode an den technischen Versuchen teil.

Der abschließende Höhepunkt war stets Aufstellung und Vorführung des gesamten deutschen technischen Apparats vor einer russischen Kommission. So wurde auch das bereits erwähnte Erprobungsprogramm von 1931, das die Frontreife sämtlicher deutscher Rüstungsflugzeuge ergeben hatte, ohne jede Einschränkung vorgeführt. Dabei stand das technische Material nicht nur zur Besichtigung und Untersuchung zur Verfügung, sondern die Flugzeuge konnten von Piloten der Roten Luftflotte nachgeflogen werden. Übrigens zeigte sich dabei, daß die zweifellos besonders ausgesuchten Erprobungspiloten die ihnen fremden Maschinen ausgezeichnet beherrschten.

Bei allen Gelegenheiten wurde festgestellt, daß die russischen Fachleute äußerst interessierte Beobachter waren, und eine erstaunliche Beherrschung von technischen Einzelgebieten zeigten. Zweifelhaft blieb nur, inwieweit sie genug geistige Beweglichkeit besaßen, um das Einzelne im Gesamtzusammenhang zu sehen. So interessiert sie waren, so äußerten sie sich nie über die gewonnenen Eindrücke, weder positiv, noch negativ. Sie vermieden es sorgfältig, Erstaunen, Überraschung, Anerkennung, Zweifel, Ablehnung und ähnliche subjektive Stellungnahmen auch nur durch Haltung oder Mienenspiel erkennen zu lassen. Die Maske fiel nie.

Als Gegenleistung für deutsche Vorführungen erfolgte nur ein einziges Mal eine großangelegte Vorführung russischer Flugzeuge und fliegertechnischen Geräts auf dem Chodinkafeld bei Moskau. Die äußere Aufmachung war gut, der sachliche Gewinn klein. Nicht nur in diesem Fall, sondern auch bei sonstigen Gelegenheiten entsprach zwar die technische Aufmachung dem versprochenen Vorführungsprogramm. Tatsächlich jedoch hatte das gezeigte Material vorwiegend Museums-

Wirklich neue Flugzeugentwicklungen, über deren Existenz man auf deutscher Seite genau unterrichtet war, wurden zwar schließlich bestätigt und ihre Besichtigung nach dauerndem Drängen auch in Aussicht gestellt. Im letzten Augenblick verhinderten jedoch unvorhergesehene und stets tief bedauerte Schwierigkeiten die Erfüllung der deutschen Wünsche.

Die russische Seite bekam somit vollen Einblick in die deutsche Technik. Die Berichte der Kommissionen wurden durch die Tatsache ergänzt, daß Tag und Nacht russisches Personal in den deutschen Betrieben tätig war. Die Grenzen zwischen offiziellem Interesse und inoffizieller Orientierung verschwammen. Demgegenüber mußte sich die deutsche Seite darauf beschränken, in einige Randgebiete der russischen Luftwaffentechnik begrenzten Einblick zu erhalten.

4. Erfahrungen im persönlichen Bereich.

Die isolierte deutsche Kolonie in Lipezk war in der Gestaltung ihres persönlichen wie dienstlichen Lebens völlig abhängig von dem guten oder schlechten Willen der Roten Luftflotte. Diese hatte es in der Hand, die Deutschen zu einem Leben hinter Stacheldraht zu zwingen (wie es in einer andern deutschen Basis mehr oder weniger der Fall war), oder ihnen die gewünschten und gewohnten Freiheiten zu gewähren.

Trotz des systematischen Bestrebens der Sowjetrussen, Ausländern Einblick in die Verhältnisse des Landes zu verwehren, gab die Rote Luftflotte weitgehende Bewegungsfreiheit auf der Erde wie in der Luft. Andererseits war es klar, daß innerhalb des Lagerlebens und des Flugbetriebs eine unauffällige, aber systematische Überwachung bestand. Einmal kontrollierte der russische Verbindungsoffizier den gesamten Verkehr mit der Außenwelt. Nur der interne deutsche Kurierdienst nach Moskau war frei von Überwachung. Zum andern übte das militärische Personal der Roten Luftflotte, das im technischen Flugbetrieb eingesetzt war, eine ständige Kontrolle aus. Diese Spezialisten, die übrigens eifrige, tüchtige und bescheidene Mitarbeiter waren, hatten unsichtbar die Hand am Lebensnerv des Flugzentrums, dessen Stilllegung ihnen jederzeit möglich gewesen wäre.

Abgesehen von diesen Möglichkeiten war die Freiheit in der Luft fast unbegrenzt. Kleinere Sperrgebiete über Industrieanlagen störten nicht. Weg, Ziel und Auftrag jeden Flugs entzogen sich der russischen Kontrolle. Der Luftraum über Rußland war für die Deutschen frei.

Auch im inneren Leben der Kolonie herrschte weitgehende Freiheit. Der russische Verbindungsoffizier erfüllte in jeder Phase seine Aufgabe in verständnisvoller Weise und enthielt sich jeder Einmischung. Seine Mithilfe, vor allem in der täglichen Versorgung der Deutschen, war unentbehrlich; trotz der Schwierigkeiten und Schwankungen in der Lebensmittelversorgung der Bevölkerung hatte die deutsche Kolonie niemals Mangel zu verspüren. So unterlagen Arbeit und tägliches Leben in Lipezk keinerlei Einschränkungen. Die Russen gewährten eine großzügige Gastfreundschaft.

Doch zu menschlichen Bindungen führte dies Verhältnis nicht. Die sachliche

Zusammenarbeit brachte zwar zwangsläufig persönliche Berührungen mit sich. Jedoch wurde von der andern Seite der gesellschaftliche Verkehr zwischen Individuen oder im kleinen Kreis offensichtlich gemieden. Auch der ständige Verbindungsoffizier hielt sich betont zurück. So kam es nur von Zeit zu Zeit zu gegenseitigen Masseneinladungen offiziellen Charakters. Sie zeigten auf russischer Seite stets das gleiche Bild eines Aufwands an kostbaren Delikatessen und reichlichem Alkohol, der in schreiendem Gegensatz zu der Hungersnot der Bevölkerung draußen stand. Die Fähigkeit, das Peinliche eines solchen inneren Widerspruchs zu empfinden, schien auf die Deutschen beschränkt zu sein. Die Unterhaltung beschränkte sich im wesentlichen auf die in landesüblicher Weise gehäuften Tischreden und Trinksprüche; die Haltung der einzelnen russischen Offiziere blieb stets reserviert und korrekt.

So war es nie möglich, dem russischen Menschen näherzutreten. Es konnte sich daher auch nicht die kameradschaftliche Gesinnung entwickeln, die Offiziere verschiedener Nationen – insbesondere die Flieger aller Völker – ganz selbstverständlich zu verbinden pflegt. Die weltanschaulichen und gesellschaftlichen Gegensätze standen einander unvereinbar gegenüber, verstärkt und versteift durch die Polarität westlichen und östlichen Denkens. Doch traten solche „weltanschaulichen“ Gegensätze, die zwischen den Staatsverfassungen der beiden Länder und den Ideen und Ideologien ihrer Menschen bestanden, niemals in der sachlichen Zusammenarbeit oder in der persönlichen Begegnung betont in den Vordergrund. Im Laufe des langen Zusammenwirkens ist von sowjetischer Seite niemals der Versuch einer Beeinflussung im politisch-weltanschaulichen Bereich gemacht worden. Umgekehrte Tendenzen verboten sich im Gastland von selbst.

VIII. ABRUCH DER MILITÄRISCHEN ZUSAMMENARBEIT.

Mit der Entstehung des Dritten Reichs waren die politischen und psychologischen Grundlagen erschüttert, auf denen fast ein Jahrzehnt lang mit der Sowjetunion zusammengearbeitet worden war. Bei der scharf betonten Kampfstellung der nationalsozialistischen Partei gegen den Bolschewismus schien die Fortführung der militärischen Zusammenarbeit im Sinne der bisherigen „Reichswehrpolitik“ in Frage gestellt.

Die unmittelbare Reaktion der Sowjetrussen auf die innerpolitischen Veränderungen in Deutschland entsprach indessen, soweit sie den militärischen Sektor betraf, zunächst nicht den von der Reichswehr gehegten Befürchtungen. Das Flugzentrum Lipetsk arbeitete 1933 wie in den vergangenen Jahren planmäßig weiter, ohne in der Durchführung seiner Aufgaben behindert zu werden.

Von seiten der Reichswehr wurde die Frage der Aufrechterhaltung und weiteren Ausnützung der Ausbildungs- und Erprobungsbasen in Rußland aus sachlichen Erwägungen heraus einheitlich bejaht. Für sie hatte sich hinsichtlich der Zusammenarbeit mit der Roten Armee nichts geändert. Ja, bei der zu Anfang des Jahres 1933 in Berlin herrschenden Unklarheit über Entwicklung und Richtung, Umfang und Zeitmaß der offenbar bevorstehenden Aufrüstung gewann die Frage einer Über-

brückung der um so fühlbarer werdenden Rüstungslücke erhöhte Bedeutung. Solange in Deutschland selbst die Voraussetzungen für einen offenen Ausbildungs- und Erprobungsgang auf dem Gebiet der bisher verbotenen Waffen noch nicht in größerem Umfang gegeben waren, erschien die Weiterführung der Basen in Rußland dringender denn je!

Im Sommer 1933 gab jedoch Hitler den Befehl zur Liquidierung aller militärischen Verbindungen mit Rußland². Die Zusammenarbeit der Reichswehr mit der Roten Armee sollte beschleunigt abgewickelt werden. Dieser Entschluß bedeutete den Bruch mit einer Planung auf weite Sicht, und zugleich die Aufgabe von Vielem, was in jahrelanger Arbeit unter großen Schwierigkeiten und Risiken aufgebaut worden war.

Im Herbst 1933 entsandte der Chef des Truppenamts im Reichswehrministerium einen Generalstabsoffizier nach Rußland mit dem Auftrag, die Beziehungen auf dem Gebiet der Luftwaffe zu liquidieren. Es wurden dabei keinerlei Weisungen gegeben, welche Gründe für den Kurswechsel der Reichswehr der Roten Luftflotte gegenüber vertreten werden sollten. Auch für die praktische Durchführung der Abwicklung, welche Forderungen gestellt, welche Konzessionen gemacht, welche Ziele grundsätzlich erreicht werden sollten, bestand keine Anweisung. Es war zugegebenermaßen schwierig zu übersehen, wie die Reaktion in Rußland sein würde. Auch herrschte in Berlin selbst zwischen Reichswehr und Partei ein noch weitgehend ungeklärter Zustand. Tatsächlich war es wohl so, daß keine führende Persönlichkeit in Berlin die Verantwortung für die Lösung dieses so diffizil gewordenen Problems übernehmen wollte.

So erhielt der Beauftragte uneingeschränkte Vollmacht, die bestehenden Bindungen in einer Weise zu lösen, die einmal den deutschen Interessen, auf der andern Seite der Lage und den gegebenen Möglichkeiten in Rußland entsprach.

Die Durchführung des Auftrags entbehrte nicht der Dramatik. In Lipetsk waren Jagdfliegerausbildung und technische Erprobung des Sommers abgeschlossen. Der Flugbetrieb ruhte, die Erprobungsmaschinen standen startbereit für den Rückflug nach Deutschland. Die Gesamtatmosphäre war gespannt. Auf beiden Seiten herrschte eine noch größere Zurückhaltung als bisher. Anzeichen von Sabotage, auf die man glaubte gefaßt sein zu müssen, waren nicht erkennbar. Immerhin konnte es als Symptom der veränderten Stimmung gelten, daß auf den Leiter des Flugzentrums von einem unbekanntem Täter bei Nacht geschossen worden war.

Die Verhandlungen über Auflösung und Übergabe begannen sofort. Von seiten der Roten Luftflotte war der örtliche Verbindungsoffizier, ein Fliegeroberst, zur Führung der Verhandlungen bevollmächtigt. Als Ziel wurde von deutscher

² Nach H. v. Dirksen (a. a. O., S. 124f.) lag die Initiative für den Abbruch bei den Sowjets. — Aus vielen inneren und äußeren Gründen verdient die oben wiedergegebene Lesart eindeutig den Vorzug, womit nicht gesagt ist, daß auf der diplomatischen Ebene die Auffassung des Botschafters subjektiv irrtümlich war. Die Sowjets mochten es so erscheinen lassen. — Was die Sendung v. Bockelberg betrifft, so kann sie nach Ansicht von Speidel, der selbst der von Berlin mit der Liquidierung auf dem Gebiet der Luftwaffe beauftragte Generalstabsoffizier war, nur den Charakter eines beschwichtigenden Höflichkeitsbesuchs gehabt haben.

Seite angestrebt, für das noch anwesende deutsche Personal freie Ausreise zu erreichen, sowie alles bewegliche deutsche Eigentum, das einen Entwicklungs- oder Gebrauchswert hatte, nach Deutschland zu verbringen. Aber ob die Russen überhaupt einen Abtransport von Menschen und Material zulassen würden, schien in der damaligen Lage eine durchaus offene Frage zu sein. Sie hatten die Entscheidung darüber allein in der Hand. Alles nicht bewegliche deutsche Eigentum – wie Flugzeughallen, Werkstätten, Unterkünfte, Lazarett usw. – mußte ohnehin den Russen übergeben werden. An einen Abtransport auch nur von Teilen dieser Einrichtungen war aus verkehrstechnischen und finanziellen Gründen nicht zu denken.

Die theoretische „Rechtslage“ war an sich einfach. Die deutsche Seite hatte Anspruch auf alles, was aus Deutschland eingeführt, in Rußland gekauft, und an Ort und Stelle geschaffen worden war. Die praktische Lage war jedoch anders: Die Reichswehr konnte offenbar nur beanspruchen, was sie abzutransportieren in der Lage war. Es ging darum, die wertvollsten Flugzeuge, Maschinen, Werkzeuge und Spezialeinrichtungen in die Hand zu bekommen. Die Voraussetzung dafür aber war, daß das erforderliche rollende Material zur Verfügung gestellt wurde, und dies war eine völlig offene Frage. So ging es darum, die Erbschaft beider Partner klarzustellen und gegeneinander aufzurechnen.

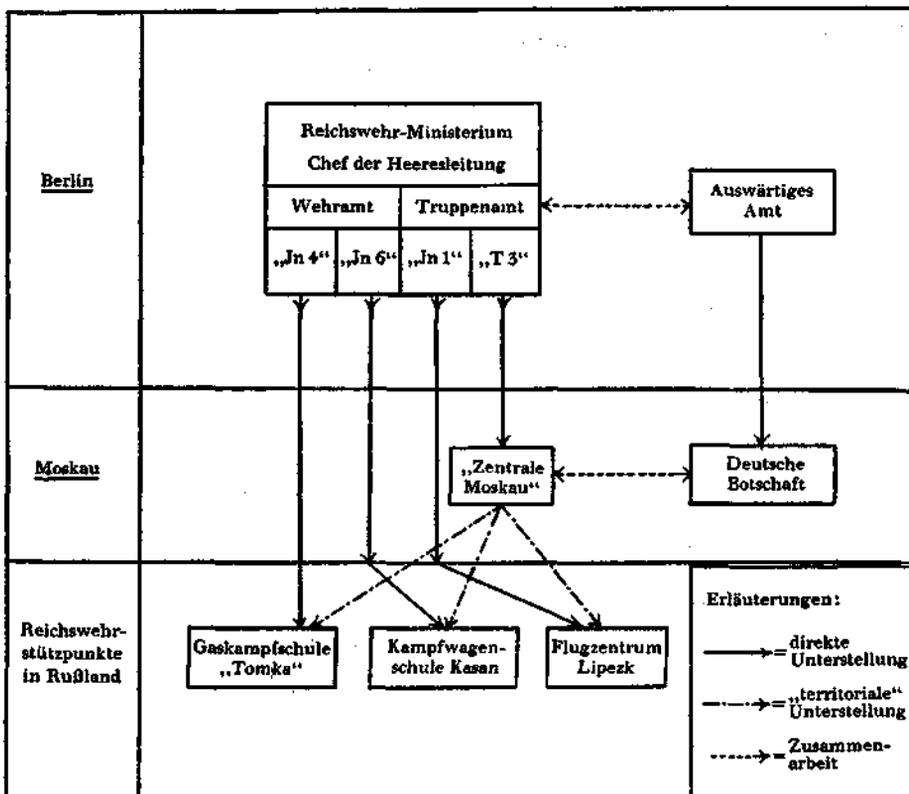
Bei den Besprechungen über die Einzelheiten zeigte sich jedoch bald, daß der russische Vertreter anders dachte und handelte. Noch einmal trat die zähe Verhandlungstaktik der Russen in Erscheinung, die erneut zum Ausgangspunkt zurückkehrt, wenn der Gegenspieler glaubt, Übereinstimmung und Abschluß erreicht zu haben. In den immer langwieriger werdenden Verhandlungen wurde das Bestreben deutlich erkennbar, die Verhandlungen aus einem unerkennbar bleibenden Grund zu verschleppen.

Das Moment, das die Verhandlungen schließlich auf einen toten Punkt brachte, war die Frage der Erprobungsflugzeuge. Auf ihren Besitz legten die Russen wie auch die Deutschen den größten Wert. Handelte es sich doch in diesem Jahr um die neuesten, seit 1931 weiterentwickelten und verbesserten Frontflugzeuge, welche die Grundlage einer bevorstehenden materiellen Aufrüstung in Deutschland bilden sollten. Eine Einigung erschien aussichtslos, zudem drängte die Zeit. Welche Entwicklung in den Wochen und Monaten der Verhandlungen die Beziehungen zwischen dem Dritten Reich und der Sowjetunion genommen hatten, blieb dem deutschen Verhandlungspartner unbekannt. Er war von der Heimat völlig abgeschnitten und auf sich selbst gestellt. Das Verhalten des russischen Partners jedoch ließ immer stärker auf eine Verschärfung der zwischenstaatlichen Spannungen schließen.

So blieb nichts anderes übrig, als die örtlichen Verhandlungen abzubrechen und in den entscheidenden Fragen mit dem Oberkommando der Roten Luftflotte in Moskau unmittelbar zu verhandeln. Zum ersten Male erfolgte die Reise unter starker G.P.U.-Bewachung, nachdem die Benützung des eigenen Flugzeugs abgelehnt worden war.

In Moskau führte die Aussprache zu einer beide Teile befriedigenden Lösung. Der sowjetische Fliegergeneral war eine klare, soldatische Persönlichkeit. Er zeigte

Verständnis für die Situation und erwies sich als großzügig und entgegenkommend. Das Ergebnis war sein Einverständnis damit, daß das gesamte bewegliche Material nach den Vorschlägen des deutschen Vertreters abtransportiert werden sollte, und zwar einschließlich der Erprobungsflugzeuge. Als Gegenwert wurde die Überführung der gesamten bodenständigen Einrichtungen in Lipezk in den Besitz der Roten Luftflotte anerkannt. Diese wurde damit Erbe eines organisatorischen und technischen Musterbetriebes, eines Fliegerhorstes von weitläufiger, solider Bauart und mit modernsten Einrichtungen versehen. Mit Lipezk wurden ferner sämtliche Jagdflugzeuge des Ausbildungsbetriebs – etwa 50 Fokker D XIII – der Roten



Luftflotte zur Verfügung gestellt. Dieser Entschluß, der zugleich als freundschaftliche Geste wirkte, fiel deshalb leicht, weil der Betriebszustand dieser Maschinen ihre Überführung auf dem Luftweg nach Deutschland ohnehin ausschloß.

Nachdem die Transportmittel zu Land und See in dem erforderlichen Umfang zugesagt worden waren, vollzog sich der Abtransport von Menschen und Material in den folgenden Wochen reibungslos. Flugzeuge starteten nach Westen, Güterzüge rollten nach Norden, Frachter fuhren von Leningrad nach deutschen Häfen.

Das deutsche Flugzentrum Lipezk hatte aufgehört zu bestehen. Eine entscheidende Phase in der Vorbereitung der kommenden Luftwaffe hatte ihren Abschluß gefunden.

IX. DIE BILANZ DER ZUSAMMENARBEIT VON REICHSWEHR UND ROTER ARMEE.

Eine um Objektivität bemühte Bewertung der geschilderten Vorgänge wird davon ausgehen müssen, daß es sich hier um einen Teilbereich der Rüstungsvorbereitung sowohl wie des Verhältnisses zwischen zwei Nachbarn handelte, eines Verhältnisses, für das in dem Jahrzehnt von 1923 bis 1933 besondere Voraussetzungen einmaliger Art bestanden.

Innerhalb dieses Teilbereichs konnte nur das Ergebnis auf dem Sektor der Luftwaffe (Lipezk) in wohlfundierter Art dargestellt werden. Da hier aber nach Zeitraum, Umfang und Auswirkung der Schwerpunkt lag, so kann Lipezk als Maßstab für die Bewertung der gesamten Zusammenarbeit genommen werden.

Nach den bisherigen Feststellungen möchte es zunächst so erscheinen, als ob der Gewinn des gegenseitigen Austausches auf der russischen Seite der größere war. Ihr wurde mehr und vorbehaltloser gegeben. Dafür erlaubte ihre „militärische Gastfreundschaft“ der deutschen Seite, das zu erreichen, was von Anfang an der unmittelbare Zweck der Zusammenarbeit mit der Roten Armee war: personelle Ausbildung und technische Erprobung auf den verbotenen Gebieten von Luftkrieg und Panzerkampf.

Hält man sich auf dieser Ebene der Betrachtung, so läßt sich abschließend die Bilanz der Zusammenarbeit etwa auf folgenden Nenner bringen:

Der Gewinn der Roten Armee lag vorwiegend auf theoretischem Gebiet. Sie erhielt von der Reichswehr deren taktische und technische Erkenntnisse übermittelt und damit gewisse Grundlagen für Reorganisation und Führung der sowjetischen Wehrmacht, im besonderen der Luftwaffe. Wie weit das in der Länge der Entwicklung von praktischer Bedeutung gewesen ist, wird sich schwer abschätzen lassen.

Der Gewinn der Reichswehr lag viel unmittelbarer auf praktischem Gebiet. Sie erhielt von der Roten Armee die Arbeitsmöglichkeiten, um die Grundgedanken der Führung in der Praxis zu erproben, und zugleich einen Stamm von Spezialisten heranzubilden. Damit wurde überhaupt erst die Voraussetzung für den Aufbau einer neuen Wehrmacht, im besonderen einer Luftwaffe, geschaffen.

Das trug seine Frucht, als Deutschland die militärische Bewegungsfreiheit zurückerhielt. Personell standen zu diesem Zeitpunkt bereit: einmal die in Lipezk ausgebildeten Jagdflieger und Flugzeugbeobachter, ferner die auf Grund der in Rußland gewonnenen Erfahrungen in Deutschland ausgebildeten Flieger (Flugzeugbeobachter und Flugzeugführer für Aufklärungsverbände). Es konnte mit einem „fliegenden Personal“ von rund 450 Mann, meist Offizieren, gerechnet werden. Hinzu trat ein zahlenmäßig entsprechender Stamm von hochqualifiziertem technischem Bodenpersonal. Materiell standen die in Lipezk erprobten Frontflugzeuge mit ihrer militärischen Ausrüstung als Standardtypen bereit, welche die Basis einer bis ins einzelne vorbereiteten und nunmehr ausgelösten Serienfertigung in der Industrie bildeten. Dazu kam als Drittes noch das Vorhandensein einer hochqualifizierten Luftwaffenführungsgruppe im Reichswehrministerium, aus der bei Bildung des Reichsluftfahrtministeriums der Generalstab der neuen Luftwaffe entstand.

Ebenso bedeutungsvoll wie diese zahlenmäßig erfaßbaren Tatsachen waren letzten Endes die ideellen Ergebnisse des Jahrzehnts vor 1933. Die operativen Ideen hatten sich geklärt, das taktische Denken konnte wieder über den begrenzten Rahmen reiner Theorie hinausgreifen. Ausbildungs- und Einsatzvorschriften waren als geistige Grundlagen für die Zukunft bereitgelegt. Die technische Entwicklung hatte das Vakuum der Nachkriegszeit überwunden und aufgeholt, was inzwischen erarbeitet worden war. Die persönlichen Einsatzerfahrungen hatten das Kernpersonal einer zukünftigen Luftwaffe zu hochwertigen Fachleuten und Lehrern des kommenden Nachwuchses geschult.

Mit alledem hatte sich das Schwergewicht der Aufrüstungsvorbereitungen vom Schreibtisch auf den Flugplatz verlagert.

Nicht zu unterschätzen ist schließlich, was diese Wandlung auf psychologischem Gebiet bedeutete. Die Hunderte von neuen Fliegern hatten die inneren Belastungen des verlorenen Kriegs überwunden, ihr Selbstvertrauen wuchs, der fliegerische Geist war wieder erwacht.

Diese materiellen und ideellen Auswirkungen der Arbeit in Lipezk waren das Ziel der Reichswehr gewesen. Im Rahmen eines militärtechnischen Zusammenwirkens fachlicher Art hatte der Erfolg für sie entschieden.

WILHELM TREUE

DAS DRITTE REICH UND DIE WESTMÄCHTE AUF DEM BALKAN

Zur Struktur der Außenhandelspolitik
Deutschlands, Großbritanniens und Frankreichs 1933-1939

Vorbemerkung des Herausgebers

Mit den im folgenden behandelten Vorgängen hat sich von der deutschen Seite her eine Literatur unter den Stichworten „Werdende Großraumwirtschaft“, „Gruppenautarkie und Freihandel“, „Großraumordnung“ usw. befaßt, die in ihren Thesen wie in der zugrunde liegenden Statistik zu sehr der Entstehungszeit verhaftet ist, um hier ohne weiteres den Leitfaden bilden zu können. Das ausländische Schrifttum (z. B. Paul Einzig, *Appeasement before, during and after the War* — London 1942 —; John Hargrave, *Montagu Norman* — New York 1942 —; Elizabeth Wiskemann, *Prologue to War* — New York 1940 —; dazu die Bücher von Antonin Basch) enthält zwar viele in Deutschland noch unbekannt Einzelheiten, ist aber auch stark kriegsbedingt und zudem schwer erhältlich. Der Verfasser hat sich wesentlich auf zeitgenössische publizistische Quellen gestützt, auch im Einzelfall